

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 257.

Dienstag, den 3. November 1914.

21. Jahrg.

Höchstpreise für Kartoffeln müssen kommen.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ teilt in ihrer Nr. 549 die Höchstpreise für Brotgetreide mit und gibt wegen der Höchstpreise für Kartoffeln folgendes als Ansicht des Bundesrates wieder:

„Eine Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln wird erst dann in Erwägung gezogen werden, wenn nach Beendigung der Kartoffelernte die Preise einen ungewöhnlich hohen Stand aufweisen sollten.“

Gegen eine derartige Auffassung von den Höchstpreisen kann nicht scharf genug protestiert werden. Die Parteipresse sowie einzelne bürgerliche Blätter, z. B. die „Frankfurter Zeitung“, haben bereits mit aller Schärfe gezeigelt, was alles durch die verspätete Festsetzung von Höchstpreisen beim Brotgetreide für unser Volk verloren gegangen ist. Wenn die Regierung daselbe Spiel bei den Kartoffeln spielt und erst zuseht, wie die Wucherer enorme Preistreiberien in die Wege leiten, dann werden auch hier die zu spät eingeführten Höchstpreise Normalpreise. Damit werden wir dann für die ganze Dauer des Krieges den Kartoffelwucherer nicht mehr los. Also rasch handeln und eventuell mit der Enteignung drohen!

Wie weit der Geist unverschämter Preistreiber bei unseren Kartoffelbauern vorgeedrungen ist, mag folgender Vorfall zeigen. Vor ein bis zwei Wochen hatte ein Kartoffelgroßhändler mit einem größeren Detailgeschäft einen Lieferungsvertrag über 2000 Zentner Kartoffeln zum Preise von 3,30 Mark abgeschlossen. Kaufmännisch hatte der Großist korrekt gehandelt, weil seine Aufkäufer zum Preise von 2,60—3,00 Mark die nötigen Mengen in der Gegend von Anna und Werl in Westfalen aufgekauft hatten. Die Bauern hatten bereits ihr Geld, die leeren Säcke und die Eisenbahnwaggons stehen da — nur wer nicht liefert, sind die Bauern. Von den gekauften 2000 Zentnern kommen ganze 276 von den wenigen ehrlichen Bauern herein. Die anderen geben das Geld und die Säcke zurück und erklären, nicht verkaufen zu wollen. Die Städter hätten es schon immer so gut, sie sollten nur die teuren Preise zahlen. Die Kornhausgenossenschaft sorge dafür, daß sie schon heute 50 Pfennig mehr bekommen, und beim Festhalten der Kartoffeln würden sie noch höhere Preise als 4—4,20 Mark pro Zentner erhalten. In diesem Falle ist der Geschädigte der Händler, der dem Detailgeschäft für den Preis von 3,30 Mark auch teurere Ware liefern muß. Gegen ein Schaf Bauern Klage zu führen, wird er wohl verzichten müssen.

Selbst von amtlicher Seite muß zugegeben werden, daß die Landwirte an den Preistreiberien im Kartoffelgeschäft Schuld haben. So erklärte der Oberbürgermeister von Barmen in der Antwort auf eine sozialdemokratische Interpellation:

„Nach meiner Meinung wird es unzweckmäßig sein, jetzt Höchstpreise für den Kleinhandel festzusetzen. Das würde zur Folge haben, daß unsere Stadt unzureichend versorgt wird. Aber der Meinung bin ich allerdings, daß es notwendig ist, Höchstpreise für die Produzenten festzusetzen. Denn es läßt sich nicht leugnen, daß die Bauern die Kartoffeln zurückhalten, um höhere Preise zu erzielen. Ich möchte vorschlagen, die Verhandlungen im Bundesrat abzuwarten. (Diese haben eben keine Höchstpreise für Kartoffeln gebracht. D. Red.) und, wenn diese nicht zu einem bestimmten Ergebnis führen, dann eine Eingabe an die Landeszentralbehörde zu richten, in der die Festsetzung von Höchstpreisen für die Produzenten beantragt wird.“ („Barmener Zeitung“ Nr. 253).

Die Regierung sollte sich dieser Ansicht anschließen und schleunigst niedrige Höchstpreise festsetzen. Wenn die Regierung nur noch ein paar Tage wartet, kann sie

unter Umständen schlimmes Unheil anrichten. Die nächste Zeit kann starke Nachfröste bringen und die Einfuhr in die Städte lahmlegen, zumal die Eisenbahnverwaltung sich nicht verpflichtet, unbedingt geschlossene Wagen zu stellen.

Sind bei Eintreten starker Fröste die Städte knapp versorgt, so gibt dies abermals die schönsten Treiberien, und zwar von Seiten der Groß- und Kleinhändler.

Nun ein Wort an die Konsumenten! Die Konsumenten sind den Preistreiberien gegenüber nicht ohnmächtig. Sie müssen nur solidarisch handeln. So brachte ein Händler 8 Kartoffelschiffe auf dem Kanal nach Herne und verlangte von den Bergleuten 4 Mark pro Zentner. Als kein Mensch daran dachte, ihm seine Ware abzunehmen, ging er schon am anderen Tag auf 3,50 Mark herunter, was freilich für die vielen kranken Kartoffeln, die er den Arbeitern mitlieferte, noch fürchterlich teuer ist. Um dauernd auf den Markt einen Druck auszuüben, ist vor allem notwendig,

daß keine denkende Arbeiterfrau in diesem Jahre zum Einkellern mehr Kartoffeln kauft,

als sie es früher getan hat, ja die Frauen sollen nach Möglichkeit von den Kartoffeln zum Einkellern möglichst wenig

kaufen, etwa den Bedarf bis allerhöchstens Februar, wenn das Aufhören des Frostes die Zufuhren nicht mehr behindert. Je mehr wir mit der Nachfrage zurückhalten, desto eher müssen die Bauern mit den Preisen nachlassen. Es kommen nämlich die Zinsstermine, wo auch der Bauer bar Geld und nicht bloß Kartoffeln haben muß. Halten wir bis dahin zurück, so müssen endlich auch die halsstarrigsten Bauern nachgeben. Auf die Regierung muß aber von allen Organisationen der schärfste Druck ausgeübt werden, damit sie schleunigst den städtischen Konsumenten mit Höchstpreisen zu Hilfe kommt.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die gestrige Meldung des Großen Hauptquartiers berichtet, daß die Ortschaft Mesines (eine 8 Kilometer südlich von Ypern belegene Ortschaft) sich in deutschen Händen befindet. Das bedeutet ein weiteres Vorrücken auf Ypern.

Nunmehr ist zweifelsfrei festgestellt worden, daß gegen den rechten deutschen Flügel in Frankreich und Belgien auch Indier kämpfen. Vorsichtshalber haben die Verbündeten sie nicht allein für sich gelassen, sondern sie unter die europäischen Truppen gesteckt. Die Indier sollen nämlich im Kampfe äußerst roh vorgehen und jede Menschlichkeit außer Acht lassen. Das mag der Hauptgrund sein; vielleicht aber wollen sie diese wilden Menschen auch im Angriff auf den verschiedensten Stellen der langen Front in die erste Linie rücken.

Der amtliche französische Kriegsbericht gesteht mehrere Niederlagen vor Ypern zu. Er behauptet auch, daß die Franzosen das von den Deutschen eroberte Ramscapelle wieder geholt haben. Dagegen besagt der amtliche belgische Bericht, daß die Deutschen bei dem eben erwähnten Ort restlos Sieger seien; weiter meldet er einen Rückzug der Verbündeten zwischen Nieupoort, Dignuiden und Peronse. — Bemerkenswert ist, daß der französische Bericht in Paris große Beunruhigung hervorrief. Man scheint sich dort schon so an Siegesmeldungen — die zum größten Teil den Tatsachen nicht entsprechen — gewöhnt zu haben, daß man, wenn einmal eine Hiobsboischaft kommt, schreckhaft zusammenfährt. Die französische Heeresleitung treibt ein frevelhaftes Spiel, wenn sie in ihren Berichten nicht

der Wahrheit die Ehre gibt und die Bevölkerung bewußt irreführt.

Ueber die furchtbaren Kämpfe nördlich von Lille berichtet der Korrespondent der „Daily Mail“, daß sie mit verzweifelter Erbitterung zwischen den Engländern und Bayern ausgefochten wurden. Mehrere Tage hatten die Engländer oft einer bedeutenden Uebermacht standgehalten und unter dem bayrischen Artilleriefeuer, das in den Schützengräben Verheerungen anrichtete, gelitten. Sie haben andauernd die Stellungen wechselweise gestürmt und wieder verlassen. Auch zwischen La Bassée und Bethune kam es zu erbitterten Kämpfen. Die großen deutschen Geschütze, die die Entfernungen genau abgeschätzt hatten, haben furchtbare Verheerungen angerichtet.

Dem deutschen Feuer hat anscheinend ein am Kampfe an der belgischen Küste beteiligtes englisches Linienschiff nicht Stand halten können. Das Schiff, namens „Venerable“, ist plötzlich am 31. Oktober in Begleitung einer Kanonenboot-Flotille nach England zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß das Schiff von einer deutschen Granate oder einem Unterseeboot-Torpedo kampfunfähig gemacht worden sei.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz wurde bei Szittkehmen, einem ostpreussischen Ort an der russischen Grenze, ein russischer Durchbruchversuch erfolgreich abgeschlagen. — In Galizien haben die österreichisch-ungarischen Truppen weitere Erfolge zu verzeichnen; daselbe ist von dem Vorgehen in Serbien zu melden.

Der Kampf zwischen Rußland und der Türkei hat weiter um sich gegriffen. Er erstreckt sich jetzt auch auf das kaukasische Gebiet. Hier haben die Russen türkische Grenztruppen angegriffen, sind aber geschlagen worden.

Auch England operiert jetzt im Mittelmeer gegen die Türkei. Hierbei ist ihm allerdings ein unangenehmes Versehen unterlaufen. Englische Kreuzer haben ein griechisches Torpedoboot für ein türkisches gehalten und dieses in Grund gebohrt.

Die gestern von uns gebrachte Nachricht, daß einige tausend Beduinen in Ägypten einfielen, wird bestätigt.

Im drohenden Lärm der Waffen dürfen aber auch nicht die diplomatischen Stimmen überhört werden, die aus dem feindlichen Ausland leise doch verständlich zu uns herüberdönen. Merkwürdiges, sehr Merkwürdiges ist, wie wir der „Berl. Nationalztg.“ entnehmen, in den letzten Tagen in der russischen Presse zu lesen gesehen!

In der „Times“ hatte kürzlich Lord Bessford ausgeführt, England werde erst dann Frieden schließen, bis die ganze deutsche Flotte auf dem Meeresgrunde ruhe, sollte es auch geschehen um den Preis eines Weltkrieges, gegen den der jetzige Krieg ein Kinderspiel ist. Die „Nowoje Wremja“ beantwortet diese Ausführungen jetzt mit folgender Kritik:

„Wir können eine solche kurzfristige Politik nicht loben, und auch die russische Regierung wird sie bestimmt nicht billigen. Die Existenz der deutschen Industrie in Friedenszeiten darf man nicht unterschätzen, man darf sich nicht das deutsche Volk zu einem unverföhnlichen Feinde machen. Die Folgen eines Weltkrieges um die Herdrängung der Industriewerten sind unabsehbar, denn das würde das deutsche Volk zu tiefst aufrütteln. Denn jetzt haben wir nur den preussisch-germanischen Militarismus unter den Waffen. Heute schon muß wegen solcher unbegrenzter Anschauungen halbamtlicher Persönlichkeiten zwischen den Bundesgenossen Ordnung gemacht werden, um den eigentlichen Zweck des Krieges nicht aus den Augen zu verlieren.“

Die meisten russischen Blätter zollen der Entgegnung der „Nowoje Wremja“ stürmisch Beifall und stimmen bei dieser Gelegenheit einen für England nicht sehr freundlichen Ton an. Sie schreiben, England führe den Krieg in sehr egoistischer Manier und ziehe aus seiner gemaltigen Flotte gar keinen Nutzen.

Diese Stimmen verdienen in Deutschland und im Westen die schärfste Aufmerksamkeit. Denn sie enthüllen politische Ziele, die den Deutschen wie den Franzosen wie den Engländern in gleichem Maße unerfreulich sein müssen. Wenn das schlimmste russische Hehlblatt, die „Nowoje Wremja“, die Großsprechereien eines ausgedienten englischen Seebären als Anlaß braucht, um Deutschland gegen England großmütig in Schutz zu nehmen, so bedeutet das etwas, es bedeutet sogar sehr viel. Da zeigt sich, wie sich in den Köpfen der zarischen Machtpolitiker die Zukunft malt!

Rußlands Ziel ist ein nach dem Kriege abzuschließendes Bündnis mit Deutschland gegen den Westen, vor allem gegen England. Erst soll Deutschland geschwächt und womöglich bis in den Staub gedemütigt werden, dann will Bäterchen Zar es gnädigst wieder vom Boden aufheben, um es in seine Arme zu nehmen — als russischen Schutzstaat! Dann darf Deutschland seine Flotte wieder aufbauen, Kiel und Wilhelmshaven werden Stützpunkte der russisch-deutschen Macht gegen den Westen. Rußland aber wird, so spekuliert man an der Newa, durch sein ungeheures Gebiet, seine gewaltigen Menschenmassen, nicht zuletzt durch die Möglichkeit, den neuen Freund wieder an die alten zu verraten, stets im Bunde mit Deutschland der Stärkere bleiben. Der Zar Herr der Welt, Deutschland sein Werkzeug — das ist das Ziel, das Rußland in diesem Weltkrieg anstrebt.

Das deutsche Volk vergießt aber wahrlich nicht sein Blut, um letzten Endes die Herrschaft des Blutzaren über den Erdball aufzurichten. Und darum ist kein Wort der Entrüstung scharf genug, um das schimpfliche Schutzangebot des Zaren zurückzuweisen. Wir alle sehnen uns danach, daß der wütende Kampf, in dem sich nun bald alle Völker der Welt gegenseitig zerfleischen, ein Ende nimmt. Aber ein Frieden um den Preis der zarischen Vorherrschaft — niemals!

Der Gegensatz zwischen Deutschland und den Westmächten ist schwer überbrückbar, die Erbitterung gegen England namentlich ist groß. Aber trotz allem müssen wir uns darüber klar sein, daß die Fortdauer der Gegensätze zwischen Deutschland und den Westmächten nach dem Kriege für Deutschland die Gefahr einer dauernden Abhängigkeit vom zarischen Rußland bedeutet. Und ebenso sollte man in England und Frankreich endlich einmal begreifen, daß Rußland wahrhaftig nicht für die „westliche Kultur“, sondern für seine eigene Herrschaft über die Welt, auch über seine jetzigen Bundesgenossen kämpft.

Auf das deutsche Volk soll aber niemals die Schmach fallen, daß es sich in Krieg oder Frieden zum Büttel zarischer Welt Herrschaftsgelüste erniedrigt hat.

Gegen Frankreich und Belgien.

Von den Kämpfen in Westlandern wird dem „Telegraf“ gemeldet: Ein englischer Flieger hat am Donnerstag auf das Kriegsmaterial, das die Deutschen auf dem Bahnhofspfad in Lichterwelle aufgestapelt hatten, drei Bomben geworfen. Angeblich wurde bedeutender Schaden angerichtet. Es sollen drei deutsche Soldaten getötet worden sein. Die deutschen Truppen sind bei Gils, eine Stunde nördlich von Roulers, die Engländer in Pajshendale eine Stunde südlich dieser Stadt. Die Verbündeten haben sich auf dem hügeligen Terrain zwischen Roulers und Ypern kräftig verstärkt. Bei Yper hat sich wenig Neues ereignet. Es ist immer noch keine Entscheidung gefallen. Das Wasser, das jetzt infolge der Schleusenöffnung im weiten Umfange die Felder überschwemmt, ist der Bundesgenosse der Belgier und macht das deutsche Vormarschkommen schwierig. Auf den Dünen haben die Deutschen Laufgräben gemacht.

Aus Sluis an der holländischen Grenze meldet der „Telegraf“: Das Wasser ist augenblicklich der beste Bundesgenosse der belgischen Armee. An der Yper beginnen immer im Spätherbst die Uberschwemmungen, die diesmal durch die Öffnung der Schleusen beschleunigt werden. Das erschwert den Deutschen sehr, ihre Batterien fortzuschaffen; diese Schwierigkeit wird durch Beschießung von der Nordsee noch erhöht. Die Deutschen zeigen an der Yper eine wahre Todesverachtung, immer frische Mannschaften marschieren zur Front. Eine Entscheidung ist noch nicht erfolgt. Die Deutschen verstärken sich zwischen Ypern und Knoch. Das Gerücht, daß die Deutschen Ypern geräumt hätten, ist unwahr. In den Dünen werden Verchanzungen und Laufgräben gebaut.

Gegen Rußland.

Ueber die österreich-ungarischen Erfolge in Galizien wird amtlich gemeldet:

Die Kämpfe in Rußisch-Polen dauern an. In den Gefechten am San hatten die Russen, namentlich bei Rosadow, schwere Verluste. Wir brachten dort 400 Gefangene ein und erbeuteten 3 Maschinengewehre. Südlich Starz Sambor nahmen eine Gefechtsgruppe gleichfalls 400 Russen gefangen. In diesem Raume und nordöstlich Lurka machte unsere Vortückung weitere Fortschritte.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
v. Höfer, Generalmajor.

Die „Dag“ hat zu werden weiß, wenn sich die Russen in der Ukraine, deren letzter Flügel nord-

lich von Kowno und der linke Flügel bei Lemberg stehen. Zwischen diesen beiden Stützpunkten erstreckt sich die russische Hauptfront in einem großen Bogen über Grodno längs der Flüsse Narew, Weichsel und San. Die erste Armee unter Rennenkampf steht in der Gegend von Kowno, die zweite unter Shilinski bei Grodno, die dritte unter Wiszenko längs des Narew, die vierte unter Lesieky bei Warschau, die fünfte bei Lublin unter General Kshewe, die sechste mit General Ewerth bei Cholm, die siebente unter Dimitriew bei Przemysl und die achte bei Lemberg unter dem Kommando des Generals Brasilow.

Gegen Serbien und Montenegro.

Aber die Kämpfe in Serbien wird amtlich aus Wien berichtet: Unsere Offensive in der Moava schreitet siegreich vorwärts. Aus den besetzten Stellungen vertrieben, leistete der Gegner bisher nur wenig Widerstand. Nur an der Nordlinie von Sabatsch mußten stark verschanzte Positionen mit Sturmangriffen genommen werden. Sabatsch selbst wurde nachts erklümt. Unsere durch Moava vorgehenden Kolonnen überschritten bereits die Bahnlinie Sabatsch-Ljesnica. Die Kavallerie ist am Feinde und machte auch Gefangene.

Der Seekrieg.

Die Vernichtung des englischen Kreuzers „Hermes“ wird durch folgende amtliche Meldung des Wolff-Bureaus bestätigt:

Die nichtamtliche Meldung über die am 31. Oktober erfolgte Vernichtung des englischen Kreuzers „Hermes“ durch ein deutsches Unterseeboot wird hierdurch amtlich bestätigt. Das Unterseeboot ist wohl erhalten zurückgekehrt.

Der Stellvertretende Chef des Admiralstabes
(gez.) Behncke.

Alle noch auf dem gescheiterten Hospitalerschiff „Chilla“ befindlichen Personen wurden gelandet. Im ganzen wurden 146 Personen gerettet.

Die Kämpfe im Orient.

Nicht nur im Schwarzen Meer haben die Türken durch einen erfolgreichen Gegenstoß die auf den Bosphorus operierenden Russen abgeschüttelt, sondern auch am Kaukasus haben fast gleichzeitig die türkischen Abwehrmaßregeln gegen Rußland begonnen. Aus Trapezunt wird gemeldet:

An der russisch-türkischen Grenze begannen Kämpfe zwischen russischen und türkischen Truppen.

Ebenso energisch wird das bereits begonnene Vorgehen der Mohammedaner in Ägypten fortgesetzt, wie folgende Konstantinopeler Meldung zeigt:

Dem neuterischen Bureau wird gemeldet, daß 2000 bewaffnete Beduinen in Ägypten einfielen.

An türkischen Grenzen ist also der Kampf gegen die Mächte des Dreiverbandes im Gange, deren Botschafter unterdessen Konstantinopel verlassen haben.

Nach glaubwürdigen Meldungen ist eine englisch-französische Flotte im Golf von Tchesme in Kleinasien eingelaufen, wo sie das türkische Kanonenboot „Burak Reij“ und den Dampfer „Kinali Aga“ angreifen wollte. Der Kommandant des „Burak Reij“ versenkte den Dampfer „Kinali Aga“, um ihn nicht vom Feind vernichten zu lassen, und sprengte das Kanonenboot in die Luft.

Eine offizielle, durch die Agence Ottomane veröffentlichte Mitteilung besagt:

Nach amtlichen Nachrichten von der kaukasischen Grenze haben die Russen an mehreren Punkten unsere Grenztruppen angegriffen. Sie wurden aber gezwungen, sich zurückzuziehen, wobei sie zum Teil dank dem energischen Widerstand, der von den türkischen Truppen ihnen entgegengesetzt wurde, Verluste erlitten.

Im Mittelmeer haben englische Kreuzer das Feuer eröffnet und ein griechisches Torpedoboot zum Sinken gebracht, das sich ihnen näherte, weil sie es für ein türkisches Torpedoboot hielten.

Diese beiden Ereignisse zeigen, daß unsere Feinde zu Land und zu Wasser die Feindseligkeiten gegen uns eröffnet haben, die sie seit langer Zeit gegen uns vorhatten. Die ganze ottomanische Nation ist bereit, auf diese Angriffe zu antworten, die darauf abzielen, unsere Existenz zu vernichten.

Eine amtliche Mitteilung gibt bekannt, daß die Offiziere und Mannschaften des russischen Minenschiffs „Bruth“ im Verhör zugestanden, daß der „Bruth“ in Sebastopol mit Minen beladen worden war. Die Offiziere und die Besatzung des „Bruth“, die Jahre hindurch auf dem russischen Stationschiff in Konstantinopel dienten, waren mit dem Gewässer des Bosphorus vollkommen vertraut. Als die russische Flotte erfuhr, daß sich ein schwacher Teil der türkischen Flotte zu einer Uebung in das Schwarze Meer begeben habe, ging sie am 27. Oktober von Sebastopol südlich in See und ließ nur das Verteidigungsgeschwader dort zurück. Auch der „Bruth“ fuhr südlich ab. Die Absicht der russischen Schiffe war, vor der Bosphorusmündung Minen zu legen und das kleine sich im Schwarzen Meere aufhaltende türkische Geschwader anzugreifen, sowie die türkische Hauptflotte, wenn sie diesem Geschwader zu Hilfe eilte, durch Minen zu vernichten. Die türkische Flotte bemerkte das russische Minenschiff, das von Torpedobooten begleitet war, rechtzeitig und brachte es, wie in den letzten amtlichen Darstellungen geschildert wurde, zum Sinken. Von den russischen Offizieren wurden 5 gerettet, darunter ein Regattenkapitän. Alle Gefangenen wurden nach Zemit gebracht.

Der „Secolo“ will, wie aus Mailand gemeldet wird, mitteilen können, daß in Palästina Truppen gegen Ägypten zusammengezogen seien; in Samsun ständen 200 000 Türken mit der Front gegen den Kaukasus. Das 13. Armeekorps solle durch Persien gehen und Indien angreifen.

Dem Petersburger „Njetich“ zufolge sind in Marokko große Unruhen ausgebrochen. Täglich ist ein Aufstand gegen Frankreich zu erwarten. Türkische Emirsäure fordern zum heiligen Krieg gegen Frankreich auf.

Gegenüber italienischen Befürchtungen, daß die islamitische Bewegung auch nach Indien werde übergreifen können, wird offiziös erklärt, daß Versicherungen der Pforte vorliegen, wonach in Berücksichtigung der italienischen Interessen alle Maßnahmen getroffen werden, um die islamitische Bewegung von dort fernzuhalten.

Nach neueren Meldungen soll Rußland an Bulgarien ein befristetes Ultimatum gerichtet haben.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Verbündeten unter sich.

Zwischen den englischen und französischen Gefangenen, die auf dem Truppenübungsplatz bei Darmstadt untergebracht sind, ist es, wie dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet wird, zu Streitigkeiten gekommen. Die Engländer mußten deshalb in ein anderes Gefangenelager übergeführt werden.

Der Kampf um Riantschou.

Der Gouverneur von Riantschou lehnte neuerdings das japanische Verlangen einer ehrenvollen Übergabe mit einem drahtlosen Telegramm ab. Admiral Kato verbot den drahtlosen Verkehr mit dem Feinde und verlangte eine schriftliche Antwort.

Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Tokio: Die Beschädigung von Tjingtau dauert fort. Die Forts antworten hartnäckig auf die Angriffe zu Wasser und zu Lande. Die Beschädigung hat infolge der Explosion eines Petroleumbehälters eine Feuersbrunst im Hafen verursacht.

Das war voranzusehen.

Die englische Regierung hat verfügt, daß alle feindlichen Reservisten an Bord neutraler Schiffe gefangen genommen werden. Diese Maßnahmen sollen jedoch so durchgeführt werden, daß die neutrale Schifffahrt möglichst wenig belästigt wird.

Die Behandlung der Deutschen in England.

Sonntag trafen wieder mehrere deutsche Frauen mit ihren Kindern in Frankfurt a. M. ein. Am Dienstag früh hatten sie Befehl erhalten, innerhalb einer Stunde ihre Wohnungen zu verlassen und sich zur Abreise nach Deutschland bereitzuhalten. Die Männer wurden sofort verhaftet und eingesperrt. Die Frauen und Kinder kamen in alte, ausrangierte Eisenbahnwagen, wurden dann bis zum nächsten Hafenplatz befördert und hier zu Tausenden auf ein Schiff gebracht. Nicht einmal das Notwendigste hatten die Armensten mitnehmen können. Wädnerinnen mit wenigen Tagen alten Kindern hatten die weite Reise mit antreten müssen. Unterwegs hat es ihnen an allem gefehlt, bis sie in Deutschland ankamen. Dort erst wurden sie mit Speise und Trank versorgt und überall verpflegt. — Eine solche Handlungsweise ist gemein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

Ist bis zum 24. November verlagert, er wird aber vermutlich erst einige Tage später zusammentreten. Die Verwaltung des Reichstages hat angeordnet, daß das Gebäude bis zum 10. November von den Körperschaften geräumt sein muß, die sich jetzt im Reichstag niedergelassen haben. Es wird Stimmung gemacht, die Reichstagsverhandlungen im preussischen Landtagsgebäude abzuhalten, um die jetzigen Körperschaften im Reichstage nicht zu stören. Man glaubt auch, der Reichstag werde in einer zweitägigen Sitzung wieder Galopparbeit machen. Dazu wird wohl erst noch ein Wort geredet werden.

Der Bürgerfrieden des Zentrums

wird von diesem dahin ausgelegt, daß es entgegen dem bisherigen Brauch in Donauessingen einen Kandidaten zum Landtag aufstellte, um in dieser passenden Zeit einen Sitz zu ergattern, den mit sozialdemokratischer Hilfe die Nationalliberalen innehalten.

Der sächsische Landtag

soll im Januar zu einer kurzen Beratung zusammentreten, um neue Mittel für die Kriegshilfe zu bewilligen.

Schweiz.

Die Nationalratswahlen brachten für die zumeist unbekämpften bisherigen sozialdemokratischen Vertreter für die jetzigen Verhältnisse — ein gut Teil der Wähler stimmte im Militärdienst — recht zufriedenstellende Stimmengahlen. Eine Fällung der sozialdemokratischen Stimmen ist angesichts der vielen Kompromißlisten diesmal unmöglich.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 3. November.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet heute abend im Gewerkschaftshaus statt. Zahlreicher Besuch ist erwünscht. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden!

Die Bürgerschaft bewilligte in ihrer gestrigen Sitzung zunächst ohne Debatte 10 000 Mk. zur Unterstützung der durch den Krieg in Elbaflothringen Geschädigten. Zu einer längeren Aussprache gab die vom Senat beantragte Herabsetzung der an die staatlichen und städtischen Arbeiter während des Kriegsdienstes gezahlten Unterstützung von 100 Prozent auf 75 Prozent des bisherigen Lohnes Veranlassung. Die Gewerkschaften Löwig, Hoff und Henze wandten sich ganz ent-

jedem dagegen; ebenso die Herren Klein und Köster. Die Bürgerchaft stellte sich denn auch in ihrer Mehrheit gleichfalls auf einen ablehnenden Standpunkt. Vom Genossen Löwig wurde es ferner kritisiert, daß seitens der Baubehauptung an die Familien der eingezogenen Arbeiter geringere Entschädigungen gezahlt sein sollen, als sie im Gesetz vorgesehen sind. Den Mitgliedern des Senats war von der Sache nichts bekannt.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen führten einzelne Bestimmungen des revidierten Gesetzes betr. die Grundsteuer für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte. Genosse Dr. Schlomer und andere Redner wandten sich gegen die Bevorzugung der Industriellen, welche auf ihren Fabrikgrundstücken Willen errichten, und bekämpften die höhere Belastung der kleinen Krautgärtner. Schließlich wurde die Vorlage genehmigt.

Bei der vom Senat beantragten Bereitstellung weiterer 500 000 Mark für die Unterstützung von Familien in den Dienst getretener Mannschaften ersuchte Genosse Stelling um eine schnellere Abfertigung der Unterstützungsberechtigten.

Eine Eingabe betr. die Thienensche Erbschaft wurde in erster Lesung dem Bürgerausschuß überwiesen, nachdem Genosse Th. Schwarz darum ersucht und darauf hingewiesen hatte, daß es wünschenswert sei, endlich einmal die Sache zu prüfen und aus der Welt zu schaffen.

Den wichtigsten Teil der Tagesordnung der gestrigen Bürgerchaftssitzung bildete wohl der von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Antrag Stelling: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, das Polizeiamt anzuweisen, schleunigst umfassende Maßnahmen gegen die herrschende Teuerung zu ergreifen. In eingehender und überzeugender Weise legte Genosse Stelling dar, wie seitens gewissenloser Spekulanten und anderer Leute, die er als den wahren inneren Feind bezeichnete, die Kriegszeit zur Steigerung der Preise einer ganzen Anzahl von Lebensbedürfnissen benutzt worden ist. Er gab sodann eine ganze Reihe von Fingerzeigen, wie unser Staat hier helfend eingreifen könne. Nachdem mehrere Redner, darunter zwei Agrarier sich geäußert hatten, wurde der Antrag Stelling einstimmig dem Bürgerausschuß überwiesen. Hoffentlich zeitigt er die gewünschten staatlichen Maßnahmen!

Genen 9½ Uhr hatte die Bürgerchaft ihre Tagesordnung erledigt.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Oktober auf 1117 (1174), die der Besucher auf 1228 (1314). — Die eingeklammernten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 140 Personen. Mit hin sind im Monat Okt. 977 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1204 (1240), darunter nach auswärts schriftlich 18 (20). Von den Besuchern waren organisiert 427 (467) Personen, und zwar gemeinschaftlich 178, politisch 22, gewerkschaftlich und politisch 282. Unter den verbleibenden 787 Nichtorganisierten befinden sich 504 Angehörige von Organisierten und 16 Organisations-unfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 579 (645) männlich, 605 (640) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilten sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1051 (1135); selbständige Gewerbetreibende, Beamte u. und deren Angehörige 133 (170); Organisationen 44 (29). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 1018 (987) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 74 (135), Oldenburg 48 (110), Mecklenburg 22 (37), Preußen 82 (86), Hamburg 4 (4), Sachsen —, Österreich — und Rußland —, sonstwo —. Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 172 (184), Privatangehörigen-Versicherung 4 (3), Arbeits- und Dienstvertrag 240 (330), bürgerliches Recht 306 (353), Strafrecht 70 (55), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 284 (256), Arbeiterbewegung 26 (17), Privatversicherung 17 (21), Handels- und Gewerbsachen 3 (8), Verchiedenes 24 (14). Von den Auskünften machten 308 (321) die Anfertigung von 348 (359) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 19 (19) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 200 (197) Postsendungen. Der 29. Oktober zeigte mit 64 (64) die höchste, der 28. Oktober mit 16 (33) die niedrigste Besucherzahl.

Den Leidensweg eines Verwundeten schildert ein Feldpostbrief, den ein Artillerist, der gegen Rußland im Felde stand, an seine in Lübeck wohnenden Eltern schreibt. Wir entnehmen dem uns freundlichst zur Verfügung gestellten Briefe folgendes:

C. d. 30. 10. 14.

Liebe Eltern und Geschwister! Meinen besten Dank für den Brief und das Geld. Mit meiner Krankheit geht es sehr gut vorwärts. Der Einschuß ging bei mir gerade neben's Kreuz und der Ausschuß auf der linken Seite vom Leib. Wir werden hier von einem Zivilarzt behandelt, ein berühmter Mann, der sonst nur die Leute in den Bädern behandelt. Hier im Reserve-Lazarett sind auch nur Schwestern vom Roten Kreuz. Die erste Zeit war ich hier der Schwerekrankste, was sich jedoch bis jetzt schon sehr geändert hat. Ich darf jetzt auch schon alles essen. Aufstehen darf ich vorläufig noch nicht, denn im Magen ist doch noch vieles nicht in Ordnung. Da Ihr gerne etwas Näheres wissen wollt, wie ich den Schuß bekommen habe, so werde ich es Euch mitteilen. Wir rückten am 11. 10. früh morgens um 5 Uhr aus dem Quartier, unsere Batterie und ein Bataillon Infanterie. Wir hatten zusammen in einem Dorf gelegen. Da die Wege in Rußland sehr sehr schlecht sind, ging's langsam vorwärts. Berge hatten wir keine, alles ringsum war Ebene, meistens unbebautes Land. Kaum sind wir etwa 1500 Meter vor einem Dorf, auf einmal bekamen wir ein Infanteriefeuer, daß man nicht wußte, wohin und woher. Die Infanterie bekam den Befehl auszuschwärmen und schwärmte auf das Dorf aus, welches dicht voller russischer Infanterie war; Artillerie hatten die Russen nicht da. Jetzt bekam unser Hauptmann den Befehl zum Abproben. Als das die Russen sahen, gaben sie Salven über Salven auf uns ab, die jedoch zuerst über unsere Köpfe hinwegsausten. Jetzt hieß es für den Wachtmeister, wohin mit den Proben? Nirgend was Deckung. Auf einmal hieß es, wieder aufproben und wir fuhren noch ungefähr 150 bis 200 Meter vor, dann schwenkten wir links quersicheln und proßten nach rechts ab. Unsere Batterie schoß jetzt das Dorf in Brand. Wir standen mit unseren Proben 300 Meter von der Batterie auf freiem Felde. Die Russen schossen immer feste auf uns. Einige Pferde und Mannschaften hatten sie uns schon abgeschossen; auf einmal bekamen wir von links und rechts auch Infanteriefeuer. Jetzt sahen wir uns so ziemlich verloren. Die Pferde fielen wie die Fliegen; meine Pferde waren alle beide schon tot. Ich wollte gerade einem Kameraden helfen, der einen Schuß ins Bein bekommen hatte. Wie ich mich bückte, bekam ich einen Schuß, so daß ich mich zweimal hinten über-

schlug und dann liegen blieb. Dann holten mich Kameraden nach einem kleinen Diemen, der war ungefähr drei Meter hoch und drei Meter im Durchmesser. Hier war der Wachtmeister und der Sanitäter von unserer Batterie. Hier bekam ich gleich einen Notverband, ich war aber schon vollständig durchblutet, die ganzen Stiefel waren voll Blut. Ich verlangte vom Sanitäter Wasser, folglich wie ich einen Schluck getrunken hatte, kam aber alles, was ich im Magen hatte, oben wieder heraus. Jetzt deckten sie mich mit Heu zu, da der Sanitäter alle Hoffnung für mich aufgegeben hatte. Ich war aber immer noch bei voller Besinnung und dachte noch nicht an Sterben. Es meldeten sich zwei Kameraden, die mich auf der Tragbahre zum Verbandsplatz tragen wollten. Es war ziemlich gefährlich, da sie mit mir mitten durchs Gewehrfeuer mußten. Die Kameraden kamen aber unverfehrt mit mir auf dem Verbandsplatz an. Hier wurde ich gleich auf einen Wagen gepackt und ins Feldlazarett gebracht. Zu essen bekam ich überhaupt nichts und zu trinken nur drei Schluck für den ganzen Tag. Wenn ich dies fünf Tage aushalte, so heißt es gerade soviel, als ich halte das andere, was noch nachkommt, auch noch aus. Damals hatte ich aber immer sehr viele Schmerzen. Das Feldlazarett, in dem ich jetzt war, muß eine Schule oder irgend so ein Gebäude gewesen sein, denn es waren ziemlich große Räume darin. Am zweiten Tag, seitdem ich drin war, wurde das Lazarett sehr gefährdet, denn die russischen Granaten schlugen dicht neben dem Lazarett ein, so daß viele Fensterheben durch den Luftdruck zertrümmert wurden. Am vierten Tage wurde die Sache sehr ernst, alle Verwundeten wurden draußen auf einen großen Platz gebracht. In dem Saal, in dem ich lag, blieben die drei schwersten Kranken drinnen, zu denen auch ich gehörte. Die Sache wurde aber immer gefährlicher und der Generalarzt sagte, wir drei Mann sollten auch heraus. Der Generalarzt saß selbst bei mir mit am Strohsack und zog mit mir auf den Platz. Raum war der letzte Mann raus, als zwei Granaten in den Saal sausten. Mein Anzug, Stiefel, Helm, Mütze, Säbel, Revolver, Wäsche, mein Portemonaie, alles blieb darin. Es dauerte nicht lange und das Ganze war ein Trümmerhaufen. Auf dem Platz, wo die Verwundeten lagen, sah es auch sehr wüst aus, denn es gingen auch einige Granaten mitten zwischen die Verwundeten. Jetzt wurde der Platz hier auch geräumt und wir wurden in ein großes Schloß gebracht, welches als Lazarett eingerichtet war. Auch hier im Schloß war man nicht sicher vor den russischen Granaten, denn schon am nächsten Tage schlug eine Granate in dem als Operationsaal eingerichteten Zimmer ein. Auch wurden verschiedene Giebel am Schloß durch Granaten abgerissen. Es kam jetzt der Befehl, daß wir auch aus dem Schloß mußten, und wurden deswegen noch abends verladen nach R. . . . ; es ist eine größere Stadt in Rußland. Das Verladen ist sehr einfach, wir kamen immer mit zwei Mann auf einen russischen Leiterwagen. Die Leiterwagen sind aber sehr klein, noch mal so klein wie unsere. Erst kam auf dem Wagen ein bißchen Stroh und dann wurden wir mit unserem Strohsack auf den Angliadswagen gelegt. Jetzt fuhr der russische Bauer mit uns los; die Uhr war abends 6 Uhr. Die 30 Kilometer lange Strecke wurde auf einem Weg zurückgelegt, wie der schlechteste Feldweg in Deutschland ist. Dann fuhr der Bauer noch mitunter mit uns Trapp, daß einem himmelangt auf der Karre wurde. Gefroren hat man wie ein Schneider, eine Uniform hatte ich schon wieder von einem verstorbenen Infanteristen vom Regiment. Die Hofe konnte ich aber nicht über die Wunde ziehen und mit dem Rod war ich zugebitt; Stiefel hatte ich keine. In diesem Zustand haben wir die ganze Nacht bis am andern Morgen um 8 Uhr voll Schmerzen und Frost auf dem Wagen gelegen. In R. . . . kamen wir dann in eine große Schule, welche als Kriegslazarett eingerichtet war. Hier hatten wir doch wenigstens ein bißchen mehr Pflege. Von hier aus gingen die Transporte alle per Bahn nach Deutschland. In einem Viehwagen kamen immer acht Mann, es war aber nicht in jedem Wagen ein Wärter. Diese Eisenbahnfahrt dauerte von morgens 6 Uhr bis zum andern Morgen um 9 Uhr, dann erst waren wir glücklich in C. . . . D. . . . Die Bahnfahrt hatte mich aber so sehr mitgenommen, daß der Arzt selbst nicht wußte, ob ich mich noch wieder erholen werde oder ob ich jetzt drauf gehe. Ihr schreibt, ich soll mal aufsehen, ob ich nicht nach dort kommen kann. Das ist aber nicht so einfach, denn wenn ich erst wieder ziemlich hergestellt bin, muß ich erst nach D. . . . und werde dort neu eingekleidet. Natürlich werde ich sehen, was sich alles machen läßt, ob ich nicht ein paar Wochen Erholungsurlaub bekommen werde. Ich bin ja selbst froh, wenn ich mal wieder bei Euch sein kann. Pakete habe ich leider bis jetzt keins erhalten. Unterzeug habe ich sonstig gehabt, daß ich schon nicht erfroren wäre. Es waren alles Liebesgaben, die wir in D. . . . bekommen haben, wie wir damals durchgefahren sind nach Rußland. . . .

Aus- und Durchfuhrverbote. Das Kaiserliche Statistische Amt hat eine Zusammenstellung der Kaiserlichen Verordnungen über Ausfuhr- und Durchfuhrverbote sowie der auf Grund derselben erlassenen, am 23. Oktober dieses Jahres gültigen Bekanntmachungen des Reichskanzlers nebst 2 Verzeichnissen der verbotenen Gegenstände nach der sachlichen Zusammengehörigkeit und nach der Buchstabenfolge herausgegeben, welches die Orientierung in der Materie wesentlich erleichtert. Selbstverständlich wird der Kreis der verbotenen Artikel durch das Verzeichnis nicht vollständig erschöpft, da nicht alle im gewerblichen Leben vorkommenden Benennungen aufgeführt werden können. Das Verzeichnis, das von Zeit zu Zeit auf das Laufende gebracht werden soll, ist allen Handelsvertretungen zugänglich und ermöglicht ihnen, die an sie gerichteten Anfragen zu beantworten, ob bestimmte Waren unter die Ausfuhr- und Durchfuhrverbote fallen. Den Interessententreiben wird in Zweifelsfällen empfohlen, sich zunächst an die zuständige Handelskammer zu wenden, die zur Auskunft verpflichtet ist. Das Verzeichnis wird demnächst auch im Buchhandel erhältlich sein. Auch bei dieser Gelegenheit wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach vorliegenden Mitteilungen unsere Gegner versuchen, auf dem Wege über das neutrale Ausland direkt oder durch Luftkauer in Deutschland Waren zu beziehen, deren Ausfuhr verboten ist. Es wird daher wiederholt darauf hingewiesen, daß jeder, der einen derartigen Versuch unternimmt, sich der Gefahr aussetzt, wegen eines Verstoßes gegen § 89 des Reichsstrafgesetzbuches verfolgt zu werden, wonach mit Zuchthaus bestraft wird, wer vorzüglich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges der feindlichen Macht Vorschub leistet.

Verwendet Kochkisten. Man schreibt uns: Wer weiß, wie lange wir noch reichlich Petroleum und Feuerung haben. Da ist es vielleicht doppelt wünschenswert, wenn Selbstkochen mehr wie bisher in den Haushaltungen Verwendung finden. Manche Arbeiterfamilie würde gern einen solchen benutzen, scheut aber die Anschaffungskosten. Da ist es besonders erfreulich, daß es jetzt Kochkisten, oder richtiger gesagt Kochbeutel gibt, die jeder sich mit geringer Mühe und ganz unbedeutenden Kosten selbst anfertigen kann. Die neue Form ist schon darum besonders praktisch, weil sie für jede Größe von Töpfen paßt und sich daher sowohl zum Abholen von Speisen als auch zum Austragen des Mittagessens auf die Arbeitsstelle des Mannes ganz hervorragend eignet. Die Kartoffeln z. B. brauchen in solchem Falle nur ¼ Stunde vorher angekocht zu werden und kommen dann gar und wohlschmeckend an ihren Bestimmungsort. Die Zentrale vom Roten Kreuz ist gern bereit, eine Gelegenheit zum An-

fertigen solcher Kochkisten einzurichten. Anmeldungen dazu werden entgegengenommen St.-Annenstr. 2. Die ersten drei Kochkisten, zu denen die Zentrale die Zutaten gibt, werden an die drei Frauen verschenkt, die sich zuerst melden.

Aus- und Durchfuhrverbote. Nach einer Mitteilung der Handelskammer ist die Ausfuhr von Musterkarten und Muster in Abschnitten oder Proben die nur zum Gebrauch als solche geeignet sind, mit Ausnahme von solchen für Farben und Arzneimitteln, ohne besondere Ausfuhrbewilligung gestattet. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß es sich nicht empfehlen dürfte, Muster sendungen für Waren zu verschicken, die dem Ausfuhrverbot unterliegen, sofern nicht auf die Gewährung von Ausfuhrbewilligungen für die darauf bestellten Waren sendungen mit einiger Sicherheit zu rechnen ist.

Seine letzte Reise vor dem Krieg und sein glückliches Entkommen schildert uns ein hiesiger Matrose folgendermaßen:

„Mit dem Dampfer „Hochfeld“ (Hamburg) verließ ich am 27. Juli Buenos Ayres. Am 11. August bei Cap Fernando erhielten wir durch Flaggen Signale von einem italienischen Passagierschiff die Nachricht, daß der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausgebrochen sei. Am 17. August früh morgens bekamen wir St. Vincent in Sicht. Ein englischer Kreuzer („Monmouth“) kam uns entgegen und gab durch 2 Schiffe Signal zum Stoppen. Da nicht gestoppt wurde, gab er einen dritten scharfen Schuß auf uns ab, der ca. 50 Meter vor uns das Ziel verfehlte. Jetzt haben wir gleich gestoppt. Auf ca. 300 Meter näherte sich dann der Kreuzer, setzte ein mit 10 Mann aus 2 Offizieren, 2 Unteroffizieren, sowie 6 Mann besetztes Boot aus; diese kamen an Bord. Mit vorgehaltenem geladenen Revolver betrat er das Schiff und wurde uns Ordre gegeben, sofort zu packen, weil das Schiff in den Grund gehöhrt werden sollte. Nach Einsicht der Schiffs papiere erlah der betr. Offizier, daß wir 500 Tonnen Ladung für Madeira (neutraler Hafen) inne hatten. Aus diesem Anlaß sprach der Offizier sein Bedauern aus, uns nicht in den Grund bohren zu dürfen; wir müßten aber seiner Kurslinie folgen. Nach 11 Stunden Fahrt, wo er jedenfalls von Gibraltar Ordre bekommen, wurden wir freigegeben. Glücklicherweise liefen wir am 20. August Madeira an. Nach einer Liegezeit bis zum 12. Oktober gelang es uns allen (17 Mann, darunter 4 Reserve-Offiziere, alles dienstpflichtige Deutsche) von vier dort liegenden deutschen Schiffen zu entkommen. Auf einem neutralen Passagierdampfer traten wir die Heimfahrt an. Nachdem wir Lissabon angefahren (35 deutsche Schiffe liegen dort) und Ladung eingenommen, liefen wir Falmouth an. Hier wurden wir 3 Tage festgehalten und peinlich untersucht. Die Weiterreise bis nach Dover und schließlich bis zur Küsten-Themse ging ohne weitere Schwierigkeiten vor sich. Nach nochmaliger Untersuchung erhielten wir dann einen Erlaubnischein bis Amsterdam. Wegen Gefährlichkeit der dort nach Auslage des Lotsen gelegten Minen (3 treibende Schiffe) kamen wir erst abends in Amsterdam an. Am anderen Tage wurden wir bei der Abreise fürmisch begrüßt, weil wir die Engländer so düpiert hatten.

Knochenausgabe bei der Firma Paul Gradmi & Co., Waisenallee. Man schreibt uns: Zur Vermeidung der Unzuträglichkeiten, die der starke Anstieg bei der täglichen Knochenausgabe verursacht, können Knochen künftig nur an Inhaber von Gutscheinen ausgegeben werden. Gutscheine können in dem Geschäftszimmer der Unterstützungsabteilung des Ausschusses für Kriegshilfe für Erwerbslose, Dankwartstraße 20, L., vormittags zwischen 10 und 1 Uhr, nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr, entnommen werden.

Cutin. Der Provinzialrat für das Fürstentum Lübeck trat hier am Freitag zu einer zweitägigen Sitzung im Regierungsgebäude zusammen. Die Tagesordnung war der Kriegswirren halber knapp bemessen; außer den Vorschlägen stand nur der Entwurf einer Regierungsbekanntmachung, betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 mit auf Tagesordnung. Zu diesem Entwurf wurde vom Gen. Fick der Wunsch geäußert, daß sämtliches Schlachtvieh, auch Hausfleischungen für eignen Gebrauch, untersucht werden solle. Zur Begründung wurde vom Redner darauf hingewiesen, daß das Gesinde doch nicht zur Familie der Arbeitgeber gehöre, aber trotzdem von dem nicht untersuchten Fleisch essen müsse; ebenfalls werde von den nicht beschnittenen Tieren nachträglich, wenn sich herausstelle, daß noch Fleisch übrig sei, auch verkauft. Von Seiten der Regierung wurde erwidert, daß die Materie reichsgesetzlich geregelt sei und die Bundesstaaten dem nicht entgegen handeln können. Wer von nicht gekauten Tieren Fleisch verkaufe, mache sich strafbar. Der Regierungsentwurf: Schlachtvieh, welche in Schlachtereien geschlachtet werden, unterliegen auch dann, wenn das Fleisch ausschließlich im eignen Haushalt des Tierbesizers zum Genuß für Menschen verwendet werden soll, vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung nach Maßgabe des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen, Zuwiderhandlungen werden bestraft, wurde angenommen. Zu dem Vorschlag wurden bei den einzelnen Kapiteln verschiedene Wünsche von Seiten der Provinzialratsmitglieder geäußert; unter anderen sind hier anzuführen ein Antrag von W. o. H. Seereck, daß an bedürftige Familien, wo der Mann im Felde steht, Holz in den Forsten unentgeltlich abgegeben werden soll. Gen. Bull will den Antrag erweitert wissen insoweit, daß diejenigen Arbeitslosen, die infolge des Krieges ohne Beschäftigung sind, Holz bekommen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Position betr. Vergütung an die Gemeinbediener wurde um 1000 Mk. erhöht. Zu der Einquartierung an der Küste wurde beschlossen, daß, falls die Gemeinde 10 Pfg. pro Kopf der einquartierten Soldaten bezahlt, aus der Landesverbandskasse noch 20 Pfg. zugezahlt werden. Ferner wurde beschlossen, daß die Regierung prüfen soll, ob es nicht angebracht sei, bei Neuöffnung von Apospheten eine einmalige Konzeptionssteuer zu erheben. Genosse Fick stellt den Antrag: Der Provinzialrat wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen 1. Höchstpreise für den Groß- und Kleinhandel von Lebensmitteln und für Futtermittel für das Vieh festzusetzen; 2. Deklarationszwang für Großhändler und Produzenten anzurufen und, falls die Verkäufer sich weigern, zu den festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen, so findet der Verkauf durch die Behörden statt. In der Begründung führte Fick an, daß die Regierung sich mit den Behörden der angrenzenden Staaten in Verbindung setzen müsse, um einen Zwang auf Produzenten und Großhändler auszuüben. Zu 2 erklärte die Regierung, schon durch Gesetz ermächtigt zu sein, und wird die Regierung sich deshalb mit den umliegenden Bundesstaaten in Verbindung setzen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bezüglich der Lehrkräfte an den Schulen teilte die Regierung mit, daß von den 145 Lehrkräften des Fürstentums sich 43 im Felde befinden. Der Unterricht nehme aber trotzdem allenthalben seinen Fortgang. Bezüglich der Versorgung der Gemeinden mit elektrischem Licht erklärte die Regierung, daß in den Gemeinden, wo die Ortsleitungen fertiggestellt sind, eine Versorgung mit Licht Mitte November, spätestens Anfang Dezember, erfolgen kann. Es werde unverzüglich mit der Aufstellung der 11 000

Soit Hochspannung begonnen; die Ortswarder sollen sofort in Angriff genommen werden. Auch Stöckelsdorf könne damit rechnen, baldigst Licht zu bekommen. Ferner waren von Seiten mehrerer Gemeinden Anträge eingegangen, die Gemeinderatswahl, welche diesen Herbst stattzufinden hat, nach Beendigung des Krieges zu verlegen. Hierzu wurde von der Regierung erklärt, die Gemeindevertretungen brauchten nur einen diesbezüglichen Beschluss in zwei Lesungen zu genehmigen, dann hätte die Regierung nichts dagegen. Hiermit war die Arbeit des Provinzialrats für dieses Jahr erledigt.

Hamburg. Blutiger Streit. In seinem Logis in der Grichstraße geriet in vorletzter Nacht der Klempnergehilfe Br. mit seiner Logisgeberin und seinem Logis-Kollegen B. in einen Streit, der sich schließlich bis auf den bunten Treppentritt hinzog und zu Tätlichkeiten führte. Nachdem ersterer bereits mehrere Stöße und Schläge erhalten hatte, zog er in seiner Bestürzung das Taschenmesser und stach damit blindlings um sich, wobei er seine beiden Gegner schwer am Kopf und an der Brust verletzte. Beide Verletzte wurden in stark blutendem Zustande ins Lafentrankenhaus geschafft. Lebensgefahr besteht für beide nicht. Der Klempner will in Notwehr gehandelt haben. — Seine Bluttat spielte sich in vorletzter Nacht in der Leimbekwiese ab. In einer dortigen Wirtschaft gerieten einige Männer in Wortwechsel, so daß der Wirt, da alle Vermahnungen zur Ruhe nichts fruchteten, sie aus dem Lokal verwies. Auf der Straße wurde der Streit besonders zwischen dem Schornsteinleger W. und einem Unbekannten, der über große Wärmittel verfügte, fortgesetzt. Dieser erhielt von W. einen Schlag und taumelte, worauf der Betroffene sein Taschenmesser zog und es seinem Gegner

so heftig in die Brust stieß, daß bald der Tod eintrat. Die Leiche wurde erst später aufgefunden und ins Lafentrankenhaus geschafft. Der Täter war trotz eifrigster kriminalpolizeilicher Nachforschungen noch nicht aufzufinden.

Soziales.

Die Schnapsbrennerei wurde in Rheinland und Westfalen vom Generalkommando des 7. Armeekorps auf ein Drittel des bisher dazu verbrauchten Getreides eingeschränkt. Am besten wäre es, man würde sie ganz verbieten.

Neueste Nachrichten.

Zürich, 3. November. Dem St. Petersburger Reich zufolge sind in Marokko schwere Unruhen ausgebrochen. Täglich ist der Aufstand gegen Frankreich zu erwarten. Türkische Emisäre fordern zum heiligen Krieg gegen Frankreich auf.

Bukarest, 2. November. In die Pruth-Mündungen haben sich aus Furcht vor der türkischen Flotte 70 russische Frachtschiffe und 14 Schlepddampfer geflüchtet, die bisher den Verkehr zwischen den russischen und den rumänischen Donauhäfen versahen.

Volksfürsorge.
 Gewerkschaftlich - genossenschaftliche
 Versicherungs - Aktien - Gesellschaft.
Bureau: Johannisstr. 48, pt.
 Geöffnet:
 Donnerstags, Freitags u. Sonnabends, abds. von 7 1/2 - 9 Uhr.
 Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübed und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwaib. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübed.

Weitem erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser Kollege der Schloßer (7326)

Wilh. Girlich
 seinen schweren Wunden, die er im Kampfe fürs Vaterland erhalten hat, erlegen ist. Der Verstorbene war uns stets ein lieber und aufrichtiger Kollege und wird sein Andenken von uns stets in Ehren gehalten werden.

Die Arbeiter des Drägerwerks.

Auf dem Felde der Ehre fiel unser Mitglied

Wilhelm Girlich.
 Er war stets eifrig bemüht für die Ausbreitung unserer Idee und wird sein Andenken von uns immer in Ehren gehalten werden. (7327)

Deutscher Arbeiter-Sippen-Bund Ortsgruppe Lübed.

Deutscher Arbeiter-Absinent.-Bund Ortsgruppe Lübed.

Nachruf.
 In den Kämpfen gegen Rußland fiel unser treuer Genosse

Wilhelm Girlich.
 Seine langjährige, treue Mitarbeit läßt uns den Gefallenen unersetzlich sein.

Der Vorstand.

Schönes frdl. möbl. Zimmer zu vermieten. (7325) Untertore 88, II. posn.

Eisenzu verkaufen
 ein neuer, praktischer handgemachter Gebrauchsgegenstand. Interessenten erhalten Auskunft unt. F K 3 an die Exp. d. Bl. (7328)

Heines Werke
 3 Bände 4 Mk.
 Buchhandl. Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

= Wer spart? =
 Jeder, der zum Waschen seiner Wäsche das weltbekannte Waschmittel

Minlos = Waschpulver

Man achte streng auf diese Schutzmarke!

Wie ein Mann hängen Millionen dran.

verwendet. Es ist unvergleichbar an Qualität und kostet **nur 30 Pfennige das 1-Pfd.-Paket.**

Das Waschpulver wird in heissem Wasser aufgelöst, in den Waschkessel gegossen, in diesem die Wäsche gekocht, solche danach heiss leicht durchgewaschen und darauf gespült. In dieser Weise erhält man bei leichtester Arbeit eine blendend weisse, frische und hygienisch reine Wäsche.

Zu haben in Drogen-, Kolonialwaren-, Apotheker- und Seifengeschäften wie en gros von der Fabrik

L. Minlos & Co. in Köln-Ehrenfeld. 6369

KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde bietet für den geringen Jahresbeitrag von **nur M 4.80** 12 starke, reich illustrierte Monatshefte und 5 naturwissenschaftliche Werke erster Autoren **Belehrend / Unterhaltend**

Treten Sie sofort bei oder verlangen Sie Prospekt bzw. Probeheft bei Ihrer Buchhandlung oder der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart

Beerdigungs-Institut Gbr. Müter
 Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
 Uebernahme ganzer Beerdigungen.
 Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen. Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Abhanden gekommen Kontum (Schwartau) ein Fünfmarktschein. Wiederbringer hohe Belohnung. 7321) Frank, Neusefeld.

Hansa-Theater
 Täglich abends 8 Uhr:
Neuer Spielplan
 hervorragender Künstler der Bunt (7305) zu ermäßigten Preisen.
 Vorverkauf bei den bekannten Vorverkaufsstellen. Alles nähere durch Plakate an den Anschlagssäulen.

Stadttheater.
 Dienstag, den 3. Nov. 1914:
Don Juans letztes Abenteuer.
 Oper in 3 Akten. Dichtung von Otto Anthes. Musik von Paul Graener.
 Mittwoch, den 4. Novbr. 1914:
 Gastspiel von Stanislaus Fuchs:
Zum letzten Male:
Im weißen Rößl.
 Lustspiel von O. Blumental und G. Kadelburg.
 Lampenfabrikant Giesecke **Stanislaus Fuchs.**
 Donnerstag, den 5. Novbr. 1914:
Der Troubadour.
 Oper von Verdi. (7320)
 Abt. der Vorstellungen 7 1/2 Uhr.

Der Weltkrieg 1914 reichhaltig illustriert, jedes Heft 24 Seiten stark **nur 15 Pf.**

Die jeden Dienstag das höchste Wert an Wissen bringt. Der Preis ist deshalb so niedrig gestellt, weil es jedermann ermöglicht werden soll, sich für sich und seine Angehörigen zu interessieren. Ein großer Teil von dem Erlöse geht an die Soldaten.

ruht in den Händen des bekannten Schriftstellers und früheren Artillerie-Oberst Jesse von Büttner. Durch alle Welt - Weltkrieg 1914 ist gleich lehrreich für den Dabeim-gebliebenen, den heimkehrenden Krieger sowie für spätere Geschlechter. Um die Ereignisse besser verfolgen zu können, erhalten alle Leser in Lieferungen außerdem einen großen **Hand-Atlas gratis.** Derselbe enthält 30 Voll- u. Nebenkarten. Wir bitten, den Bestellschein ausgefüllt einzusenden.

Bestellschein.
 Herren **Friedr. Meyer & Co., Lübed.**
 Abonnieren „Durch alle Welt - Weltkrieg 1914.“
 Jede Woche 1 Heft frei ins Haus.
 Name:
 Ort u. Straße:

Sitzung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 2. November 1914.

Wortführer Präses Dimpfer eröffnet die Sitzung um 6 Uhr.

Der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig hat eine Eingabe an Senat und Bürgerschaft gerichtet, eine Kriegsarbeitslosenfürsorge einzurichten und dazu die Vertreter der Angestelltenverbände zu hören.

1. Antrag: Unterstützung der durch den Krieg in Elbsch-Lothringen Geschädigten.

2. Antrag: Verstärkung des Abschnittes XIX A der Ausgabenliste des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1914.

Wesden mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

3. Antrag: Nachtrag zu dem Gesetz über die Gehalts- und Lohnfortzahlung an staatliche Angestellte und Arbeiter während des Kriegsdienstes vom 13. August 1914.

Senator Kulenkamp gibt einige Erläuterungen.

Löwigt: Ich bitte Sie, dem Senatsantrag nicht zu folgen. In der Begründung ist nichts von Bedeutung gesagt worden, was uns bestimmen könnte, eine Reduktion vorzunehmen. Alles was in der Begründung enthalten ist, daß sich die Familien besser stellen könnten als früher, war der Bürgerschaft schon bekannt, als diese den Beschluß faßte. Es sind keine neuen Momente eingetreten. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß jetzt im Winter, wo alle Lebensbedürfnisse teurer werden, wo selbst das Reich beabsichtigt, eine Steigerung vorzunehmen, die ungeeignetste Zeit ist, Abschnitte zu machen. Mit dem neu hinzugefügten § 5 bin ich durchaus einverstanden. Dann möchte ich an den Senat noch die Anfrage stellen, ob es richtig ist, daß den Familien der Arbeiter bei der Baudeputation, die eingeschlossen sind, nicht entsprechend dem von Senat und Bürgerschaft angenommenen Entz. der alte Lohn, sondern nur ein Bruchteil in Höhe von 80 Mt. ausgezahlt wird. Ich möchte die Gründe hören, obwohl es sich haltige nicht geben wird. Wenn nur 80 Mt. bezahlt werden und von diesen noch ein Viertel abgeht, bleibt wenig nach. Aus Gründen der Gerechtigkeit bitte ich den bisherigen Zustand beizubehalten. Den Beamten bezahlt man das volle Gehalt, den städtischen Arbeitern, die wesentlich schlechter gestellt sind, will man noch vom Lohn kürzen. Folgen Sie dem Antrag nicht. (Zust. bei den Soc.)

Klein: Die Herabsetzung wird damit begründet, daß der Ernährer nicht mehr vorhanden ist. Das wäre richtig, wenn die Kaufkraft des Geldes seit Beginn des Krieges dieselbe geblieben wäre; das ist nicht der Fall. So ist das Gewicht des Brotes um 20-30 Proz. vermindert, Hülsenfrüchte und Fleisch sind bedeutend im Preise gestiegen und die Kartoffeln zum Teil um 100 Proz. Dabei wird es noch teurer werden. Leider benutzt ein Teil der Menschen diesen Zustand nicht in schöner Weise. Es wirkt auch nicht schön, wenn die Frau zu alledem ihrem Mann im Schützengraben mitteilen muß, seine Gehaltszüge sind gekürzt worden. Ich lehne die Vorlage heute deshalb ab.

Sen. Dr. Vermehren weist auf die Finanzen hin, die auf die Dauer die ersten Sätze nicht aufrechterhalten könnten. 25 Proz. könnten abgezogen werden, dabei verbleibe der Familie immer noch das, was sie in Abwesenheit des Ernährers braucht. Besondere Verhältnisse würden berücksichtigt. In Privatbetrieben würden höchstens bis zu 75 Proz. gegeben. In Bremen z. B. gebe man auch nur so viel, als hier vorgezogen sei. Wenn der Krieg noch lange dauere, müsse man sorgsam erwägen, was bewilligt werden könne.

Dr. v. Brocken: Der Vorlage des Senats müsse man ungeachtet des Eindrucks nach außen folgen, wenn man überzeugt ist, daß der Staat es nicht tragen könne und die Familie mit dem geringeren Gehalt auskomme. Redner glaubt, man könne getrost dem Senat zustimmen.

Senator Kulenkamp rechtfertigt die Haltung der Baudeputation.

Köster glaubt, man könnte die Ausgaben in anderer Weise beschränken. Hier sollte man das Gehalt weiter bezahlen wie bei den festangestellten Beamten.

Löwigt: Es ist richtig, daß der Mann im Felde hier nichts verzehrt. Aber in vielen Fällen ist doch die Frau ihrem Mann etwas nach und das kostet manchmal erhebliches Geld. Wenn Sie es den Frauen möglich machen, ihren Angehörigen etwas nachzuschicken, tun Sie auch ein gutes Werk. Die Antwort des Senats konnte vielleicht nicht anders ausfallen, ich möchte aber doch betonen, daß nach Ansicht der Arbeiter die Behörde nicht nach dem Gesetz verfährt. 80 Mt. sind nicht das volle Gehalt. Es muß ein Grund vorliegen, warum dies nicht geschieht. Den Senat möchte ich bitten, die Sache zu untersuchen. Wenn sich herausstellt, daß nicht richtig verfahren wird, muß das Vorenthalten nachgehakt werden.

Hahn wünscht die Summe zu erfahren, die bezahlt werden muß. Danach könne man die Abkündigung eventuell einrichten. Es sei auch zu bedenken, daß die Krieger ihr Geld gar nicht anbringen könnten und viele noch Geld nach Hause schickten. Redner stellt noch die Anfrage, ob nicht für die Hinterbliebenen der im Felde Gefallenen die lübische Erbschaftsteuer aufgehoben werden könnte.

Klein betont, Herr Dr. v. Brocken habe nicht gesagt, worin das zwingende Interesse liege. Es handelt sich hier um die geringst besoldeten Beamten und Arbeiter des lübischen Staates, denen man die Gehälter noch weiter beschneiden wolle. Bei den teuren Verhältnissen müßten sich alle einschränken, aber den Familien der Krieger sollte man die Lage verbessern, die an und für sich schlimm genug sei.

Senator Kulenkamp: Bis Ende des Rechnungsjahrs (März 1915) beträgt die Summe etwa 450 000 Mt., wovon die staatliche Unterstützung abgeht. Jedenfalls sind es erhebliche Summen, die wir leisten müssen.

Klein: Danach kann es sich um höchstens 100 000 Mt., die der Staat zuschießt, handeln.

Dr. Görz sieht in dem größeren Zuschuß eine Ungerechtigkeit zwischen Staats- und Privatarbeitern, die auch nicht mehr Anwendung bekämen. 25 Proz. Abzug würde nicht mehr schaden, als wenn der Mann hier geblieben wäre. Die Teuerung treffe alle. Außer Hamburg sei kein Staat da, der solche hohe Beihilfen leiste. Hätte man gleich zu Anfang dies alles berücksichtigt, wäre die erste Summe überhaupt nicht bewilligt worden.

Senze: Herr Dr. Görz irrt sich mit den Privatbetrieben. Die Verarmung ist meines Wissens von der Kommission einberufen worden, die die Unterstützung zu regeln hatte. Dort sollten die Gegenstände ausgeglichen werden. Es war die Meinung vorherrschend, daß die infolge des Reichszuschusses notwendig werdenden Kürzungen nicht dem Staate, sondern den Arbeitgebern zugute kommen sollten. Der Staat soll voll bezahlen. Es ist kein Unrecht, den Staatsarbeitern ihr volles Gehalt zu bezahlen, selbst wenn es die in Privatbetrieben nicht bekommen, denn die Beamten erhalten es auch, und dies ist schon in Friedenszeiten erheblich höher als dasjenige der Arbeiter.

Löwigt: Ich kann den Vergleich von Herrn Dr. Görz mit den staatlichen Arbeitern und Angestellten anderer Berufe nicht anerkennen. Unter uns ist keiner, der nicht bedauert, daß die andern nicht so viel bekommen wie die staatlichen. Und weil nun die andern weniger kriegen, sollen nach Dr. Görz auch die staatlichen weniger haben. Wir wollen ja auch für die staatlichen Arbeiter eine Ruhelohntafel und Sterbeunterstützung. Danach wäre es also auch ein Unrecht, wenn es die einen bekommen, die andern nicht. Aus den Ausführungen von Herrn Dr. Görz kann ich keinen rechten Grund herausfinden, der mich zu einem andern Entschluß bewegen könnte.

Soff betont, es handle sich nur um eine verhältnismäßig kleine Zahl von Arbeitern und nach den Worten des Senats um 100 000 Mt. Für die Ruhelohntafel kommen etwa 1500 Arbeiter in Frage, bei dieser Vorlage etwa 500. Wenn die Unterstützungen 70-100 Mt. monatlich betragen, würden etwa 20-25 Mt. pro Kopf gepart, was im ganzen etwa

10-12 000 Mt. beträgt. Diese Summe ist nicht so sehr hoch, und Herr Hahn kann daraus die Konsequenzen ziehen und gegen die Vorlage stimmen. Die Summen, die von der Baudeputation gezahlt werden, betragen größtenteils 80 Mt. Wenn hiervon nur 1/4 ausgezahlt werden, verbleiben noch 60 Mt. Hätte der Mann nicht beim Staate gearbeitet, würde er durch die staatliche Unterstützung noch mehr bekommen. Das Gesetz ist dazu gemacht, daß den beim Staate beschäftigten Arbeitern ein Vorzug gegeben werden soll. Wenn die Vorlage angenommen würde, wäre keine Besserung, sondern eine Verschlechterung die Folge. Deshalb bitte ich Sie, die Vorlage abzulehnen.

Senator Dr. Vermehren widerspricht der letzteren Auffassung. Nur in wenigen großindustriellen Betrieben sei man bis zu 75 Proz. Weiterzahlung gegangen.

Der Senatsantrag wird abgelehnt.

4. Antrag: Revision des Gesetzes vom 11. Mai 1910, die Grundsteuer für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte betreffend.

Böbs sieht in der beabsichtigten Aenderung des Wortes „ausschließlich“ durch „hauptsächlich“ etwas Ungerechtes.

Senator Dr. Vermehren: Vereinzelte Fälle, wo ein kleiner Vorteil dem einen oder andern zufällt, lassen sich nicht vermeiden. Es ist aber schwierig, zu sagen, wie die Grundstückteilung in solchen vereinzelt Fällen vor sich geht.

Schwarbroch erhebt um Zustimmung zum Senatsantrag. Der Staatsrat werde dabei nicht zu kurz kommen.

Dr. Schömer unterstützt den Vorschlag von Böbs. Seine Beispiele seien ganz richtig. In einzelnen Fällen möge die Entscheidung schwierig sein und zu Mißstimmung Anlaß geben. Es gebe aber noch mehr Mißstimmung, wenn reiche Fabrikbesitzer Steuervorteile gegenüber andern Leuten hätten.

Dr. v. Brocken: Das Ganze hat nur den Zweck, eine Vereinfachung in der Handhabung des Gesetzes zu schaffen. Wenn ein neues Grundbuchblatt vorhanden ist, kann kein Mißbrauch entstehen. Die Geschäfte der Steuerbehörde sind nicht leicht, deshalb sollen wir das Gesetz über die Grundsteuer so einfach wie möglich gestalten.

Senator Dr. Vermehren: Wer ein industrielles Unternehmen hat, wird sich auch für die Zukunft sichern. Dafür soll er nicht besonders bezahlet werden.

Böbs: Eine Erleichterung für das Heranziehen der Industrie schließt mein Antrag nicht in sich. Daß sich diese nicht weiter angesiedelt hat, liegt ganz wo anders.

Wandke möchte nicht, daß durch eine Kleinigkeit die Vergünstigung der Industrie hintangestellt würde. Man sollte keine Adelspolitik gegen die Industrie treiben und dem Gesetz zustimmen.

v. Schaack weist auf die großen Steuererleichterungen der herziehenden Industrien hin, die erst nach dem 5. Jahr die volle Steuer zu bezahlen hätten, dagegen wolle er nichts sagen. Durch eine Abänderung könnte man dem strittigen Punkt abhelfen.

Dieser Paragraph wird in der Senatsfassung angenommen.

Dr. v. Brocken wünscht im Namen der Kommission einen einheitlichen niedrigeren Steuerfuß von 2,5 %, da sich der Unterschied von Krautgärtnern und andern nicht so scharf feststellen lasse.

Schulmerich glaubt, die Krautgärtner würden der Kommission wenig Dank wissen, da die Kleinen jetzt mehr bezahlen müßten, damit die Großen besser davonkämen. Man tue nicht recht, dem Kleinen Krautgärtner zugunsten Spekulation benutzter Grundstücke mehr zu belasten. Redner erhebt den Kommissionsantrag abzulehnen.

Dr. Benda ist derselben Ansicht. Man sei bei Schaffung des Gesetzes nicht der Meinung gewesen, die Gärtnere und Landwirte mit einer geringeren Steuer zu belegen als die Handwerker, sondern man wolle nur denen entgegen kommen, die keine Hilfskräfte beschäftigen und ausschließlich mit ihrer Familie das Land bebauen.

Dr. v. Brocken: Der kleine Gärtnere, der allein ohne fremde Hilfe arbeitet, steht sich vielleicht besser als derjenige,

Mutter.

Erzählung von August Friedrich Krause.

(19. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Der Lärm brach plötzlich ab, alles sah nach der Tür. Der Schuster erkannte den Knaben zuerst:

„Ja,“ rief er hinter dem Tische hervor, „da is ja Rother Paule! Nu, do kumm od her, mei Jingla, nu, do kum od her zu mi!“

Starr sah der Knabe, durch die Breite der Stube von dem Tisch getrennt, zu dem Freunde seines Vaters hinüber; die Augen fanden wie Stein in dem jungen Gesicht, in dem sich keine Muskel regte.

„Nu, willst nich zu mir kummen, mei Siehula?“ Kein Wort, kein Zucken der Wimpern antwortete ihm.

„Laß mich amal raus!“ schrie der Schuster, der den Widerstand seiner Todfeindin in dem Knaben fühlte, plötzlich wütend.

Mit dem e küllten Schnapsglase in der Hand drängte er sich hinter dem Tische vor und kam zur Tür:

„Willst a Glasel Giltla, hä?“ Der Junge schüttelte heftig den Kopf.

„Da haste, trink!“ „Ne!“

„Nu, do trink od! 's is a süßer!“ „Ich mag nich!“

„Du haste doch sonst immer gemocht!“

Er näherte das Glas dem Gesicht des Knaben. Paul wich zurück, lehnte den Kopf nach rückwärts gegen den Pfosten der Tür und hielt die Lippen, an denen schon der Rand des Glases saß, fest geschlossen. Im Gesicht, in den Augen des Sechsjährigen ging ein seltsames Spiel auf: In Blick und Mienen war eine quälende Angst, die das Auge weit, die starren Züge, die den Schuster so sehr an die Mutter erinnerten, lebendig machte. Der scharfe und süße Geruch des Schnapses aber, der ihn halb betäubte, machte ein geheimes Verlangen in der jungen Seele geweckt haben, das immer größer, immer gieriger wurde und unter der Angst auf dem Grunde der Augen brannte, in den Mienen kämpfte, seinen Widerstand lähmte, die Lippen auseinanderzwang.

Das Vatererbe rang mit dem Erbe von der Mutter her in der Seele dieses Kindes, Leidenschaft und Kraft, Hölle und Himmel rangen miteinander um die Zukunft eines jungen Lebens, und lockend stand der Versucher davor und reizte die schlammigste Gier.

Und wie so oft in einem Kampf gleicher Kräfte ein Unbedeutendes die Entscheidung bringt, so kam dem Guten

in der Seele dieses Kindes der Zufall zu Hilfe und gab ihm den Sieg.

Die Tafelrunde hatte die Bemühungen des Schusters mit Lachen und Scherzreden begleitet; die einen spornen den Wortführer an, die anderen redeten Paul zu. Da erinnerte sich einer plötzlich des Spottnamens, den der Tischlersohn jüngst in der Schule von den Mitschülern bekommen hatte und schrie ihm zu:

„Sauf od, Sumpf-Paule!“ Das Wort fiel wie ein Donner in die Seele des Jungen und weckte mitten in der Not des Kampfes Erinnerung an die junge Schmach.

Drei Tage war er nach seiner sinnlosen Trunkenheit krank gewesen. Die Mutter hatte ihm kein Wort des Vorwurfs gesagt, keine Strafe hatte ihn getroffen, wie er zuerst, nachdem er zur Besinnung gekommen war, geprügelt hatte. Nur ernst und schwer und zwingend hatte oft der Blick der Mutter auf ihn gerührt. Sie redete nicht mit ihm, er mochte fragen, bitten, flehen wie er wollte, sie sah ihn nur immer an, und dieser Blick, den er noch nie an der Mutter gesehen, zerriß ihm die Seele und quälte ihn mehr als die härteste Strafe und stellte ihn ganz unter den Bann ihres Willens.

Dieser Bann wirkte in ihm, auch wenn die Mutter nicht um ihn war, er begleitete ihn zum Spiel auf die Straße, zum Lernen in die Schule, in den Wald, auf's Feld. Wo er ging und stand, sah er ihre ernstesten, zwingenden Augen auf sich gerichtet.

Als er, nachdem er vier Tage gefehlt hatte, das erstmal wieder zur Schule ging, mußte er sein Ausbleiben selbst vor der ganzen Klasse mit dem Bekenntnis seines Vergehens entschuldigen. Die Mutter hatte ihm aufgetragen, was er sagen sollte, und kein Tütelchen ließ er von den Worten weg, die sie ihm vorgesagt: „Lieber Herr Lehrer, bitte, sind Sie nicht böse, daß ich nicht zur Schule gekommen bin: ich habe mich betrunken und bin davon krank geworden!“

Die Scham stachelte ihn, daß er am liebsten auf und davon gelaufen wäre und würgte ihm die Kehle; aber der Mutter Wille bannte ihn, daß er steif vor dem Katheder stand wie eingewurzelt, und stieß ihm die Worte aus der Brust schwer und voll Tränen, wie er sie in der Seele trug.

Nur die Güte und Liebe strahlenden Augen seines Lehrers machten ihm das Furchtbare ein wenig leichter.

Helles Gelächter der jungen Brut brach nach diesem Bekenntnis los; die auf den hintersten Plätzen saßen, flogen auf die Bänke, um den kleinen Sünder in seiner Angst und die Strafe, die sie für ihn erwarteten, besser sehen zu können. Ernst und milde, aber voll zwingender Kraft glitt der Blick des alten Mannes, während er weiße bedächtig seinen

langen, schneeweißen Bart strich über die Klasse hin, und ohne daß er ein Wort sagen mußte trat augenblickliche Ruhe ein.

„Schämt Euch!“ jagte er nur, und alle Köpfe senkten sich.

Das Heldentum des kleinen Kerls, der so tapfer seine Verfehlung bekannte, war ihm nahe gegangen, und so fand er, während Paul noch mit tiefblauem Gesicht und starren Mienen, die Augen fest auf ihn gerichtet, vor ihm stand, die rechten, schärfsten Worte der Ermahnung an ihn und die ganze Schär.

Es war eine ernste Stunde für die Kinder, die dem und jenem wohl auch nahe ging, der oberflächliche Sinn so mancher aber wurde nicht allzusehr aufgewühlt, und so kam es, daß einer der Knirpse, der daheim vielleicht etwas von den Reden der Großen über das Lumpen und Sumpfen des alten Rother aufgeschnappt hatte, für den Tischlersohn den Spottnamen: Sumpf-Paule aufbrachte.

Durch diesen Namen wurde dem Kinde zum ersten Male die Schande seines Vaters, an dem er bisher mehr als an der Mutter gehalten hatte, nahegebracht. Weil der Mutter es ihm geboten, ertrug er die Schmach seines Namens, ohne sich dagegen zu wehren, wie er, wenigstens den jüngeren Mitschülern gegenüber, wohl gekonnt hätte; aber all diese Ergebnisse brannten sich tief in seine Seele und gaben ihm, der durch sie vom Vater losgelöst worden, völlig unter den Willen der Mutter.

Als so unerwartet auch von Großen der Spottname ihm zugeschleudert wurde, den er bisher nur von Mitschülern zu hören bekommen, ging für eine Veränderung in dem Knabenhengestigt vor: das kämpfende Spiel der Mienen erlosch, die Züge wurden starr, dunkle Rote flog über das blasser Gesicht, die Augen füllten sich mit Tränen der Mut. Mit beiden Händen stemmte er sich, um ihn von sich abzuwehren, gegen die Brust des Schusters, und als er aufs neue das Glas an seine Lippen zwang, widerte der Geruch des Fufels ihn so sehr an, daß er mit einer plötzlichen Bewegung dem Wortführer das Glas aus der Hand schlug.

Klirrend fiel es zu Boden und zerbrach.

Mitten in dem Tumult, der sich darüber erhob, schrie die angefallene Stimme des Knaben aufs neue die Botschaft, die ihm aufgetragen war:

„Vater, du sollst heerkummen, 's is a Herr da!“

Vielleicht war es die Angst, die den Worten des Knaben den scharfen Klang gab, der Meister aber meinte, die harte Stimme seines Weibes zu hören, und plötzlich fühlte er sich wieder unter ihrem Bann.

Mit ihrer Berachtung, die ihn für sie und das Haus aus der Liste der Lebendigen gestrichen, hatte sie ihn niedergezungen.

(Fortsetzung folgt.)

der Arbeitskräfte anstellen muß. Deshalb ist eine einheitliche Regelung am zweckmäßigsten.

Senator Dr. Wermehren betont, daß die Praxis des Gesetzes vielfach zu Schwierigkeiten in der Auslegung geführt habe. Es sei nur durch liberale Auslegung möglich gewesen, mit der alten Bestimmung auszukommen.

Schetelig: Die gesamten Gärtner wünschen eine einheitliche Regelung; sie zahlen lieber mehr als daß sie die bisherige Ungerechtigkeit mit ansehen.

Dr. Schömer: Ich freue mich, daß die Minderheit Unterstützung gefunden hat. Wir wollen die Kleinen nicht höher gestellt wissen, damit den Größeren Ermäßigung gewährt wird. Wenn für die Steuerbehörde die Entscheidung schwer ist, ob es sich um einen Krautgärtner oder einen andern handelt, so kann dies die Bürgerchaft nicht veranlassen, nun die eigentlichen Krautgärtner in die Höhe zu treiben. Herr Schetelig will im Namen sämtlicher Gärtner gesprochen haben. Das ist zum erstenmal in der Steuererhebung vorgekommen, daß ein Teil sich freiwillig zum höheren Satz bekennt. Bei einer Umfrage würde gewiß ein anderes Resultat herauskommen. Ich kann nicht finden, daß die größeren Gärtner eine Ermäßigung beanspruchen dürfen.

Dr. v. Broden sagt, der Wert der Grundstücke liege in der Arbeit der Gärtner. Man darf aber nicht vergessen, daß die Gelände bei der Stadt liegen und, wie es häufig vorgekommen ist, der weiteren Entwicklung der Vorstädte manches Hindernis in den Weg gelegt haben. Sie sind nicht erhalten geblieben um den Gärtnerberuf darauf auszuüben, sondern man hat auf weitere Wertsteigerung gewartet. Lassen Sie es beim alten und lehnen Sie den Kommissionsantrag ab. Die Steuerbehörde mag nachprüfen.

Aug. Pape wünscht für alle, die das Land zum eigenen Unterhalt benutzen den Satz von 1,75 Mark bestehen zu lassen. Klagen über zu hohe Einschätzung seien ihm auch zu Ohren gekommen. Wünschenswert wäre eine nochmalige Prüfung dieses Paragraphen, damit die Krautgärtner nicht schlechter gestellt würden.

Dr. v. Benda: Den Satz für die kleinen Gärtner wolle keiner erhöhen; Sache der Steuerbehörde sei es, die Leute herauszufinden. Den Gewerbetreibenden, nur weil sie Gärtner sind, einen billigeren Steuersatz zu gewähren, liege nicht der mindeste Grund vor. Das würde zu unabwehrbaren Konsequenzen führen.

Schulmerich sieht in der Erklärung des Herrn Schetelig, daß die Gärtner lieber 2,50 Mark bezahlen wollen, wenn sie damit etwas Einheitsliches bezwecken, ein sonderbares Verhalten, das mit keinem Wort im Kommissionsbericht erwähnt sei.

Schwald möchte auch nicht, daß ein einzelner Gewerbetreibender herausgerissen werde, wie man hier verlange. Es liege kein Grund vor, den Gärtnern besonders entgegenzukommen.

Dr. v. Broden legt sich für die Gärtner ins Zeug und behauptet, die Einträglichkeit der Gärtnerei sei nicht besonders wichtig. In Lübeck seien Terraingeschäfte, die man bei dieser Sache anzuehe, überhaupt nicht zu machen.

Schetelig: Wir wollen nicht lieber 2,50 bezahlen als 1,75 Mark, sondern wollen nur eine gleichmäßige Belastung. Der Kommissionsantrag wird abgelehnt. Der Senatsantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

5. Antrag: Bekämpfung des unlauteren Handels mit Lotterielosen, wird debattelos genehmigt.

6. Antrag: Vereinfachung weiterer Mittel für die Unterstützung von Familien in den Dienst getretener Mannschaften. (500 000 Mk.)

Stelling betont, dem Antrage könne man ohne weiteres zustimmen. Er bringt jedoch den unhaltbaren Zustand zur Sprache, der sich beim Abholen des Geldes in der Fleischhauerstraße herausgestellt hat. Die Frauen müßten sehr lange warten und ständen bis in die Straße heraus, wodurch der Verkehr gehemmt würde. Da manche Frauen mit kleinen Kindern kommen müßten, sollte man Unterkunftsräume schaffen. Eine Erleichterung würde vielleicht durch numerierbare Abfertigung geschaffen.

Senator Dr. Neumann: Die Kommission für Untersuchungen richtet sich nach dem Reichsgesetz, das die Bedürftigkeit vorseht.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Aug. Pape erklärt, ihm sei gesagt worden, manche Frauen lehten angebotene Arbeit ab, da ihnen sonst die Unterstützung entzogen würde. Redner fragt ob dies der Fall sei.

Senator Dr. Neumann: Der ganze Arbeitsverdienst wird nicht abgezogen, der Lohn des Mannes wird bis zu 75 Prozent mäßige Unterstützung gewährleistet.

Bade (Schluß) hebt hervor, daß die Frauen auch die Staatsunterstützung durch die Post beziehen könnten. In Schlupf geschähe dies. Der Lohn werde dort nicht in Anrechnung gebracht.

Niemann (Schluß) glaubt, daß bei Lohnabzug von der Unterstützung sehr wohl Arbeiterinnenmangel eintreten könnte.

7. Antrag: Nachtrag zum Gesetz vom 9. Dezember 1911, betr. die Beseitigung der Körperverletzter Tiere und die Beseitigung von Tierleichen.

Hent (Schluß) fragt, ob alle kleineren Teile der Unfall zugewandt werden müßten. Das würde zu großen Härten führen.

Senator Dr. Neumann: Am Gesetz wird im ganzen nichts geändert. Es bleibt so wie bisher.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

8. Antrag: Ausführung von Anlagen und Veränderung beim Erweiterungsbau des Allgemeinen Krankenhauses.

Wird ohne Debatte angenommen.

9. Antrag: Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage und Einbau von Wärmehaube in einigen Abteilungen des Allgemeinen Krankenhauses.

Wird ohne Debatte angenommen.

10. Antrag: Einführung von Soljalagerplätzen.

Hent wünscht kommissarische Prüfung der Auffassung des Kommissionsberichts. Er glaubt, es müßten von früher noch Gelder vorhanden sein. Die Bundesrat verlangt nur rasche Summe; es sei wohl der Nebenweg, daß sich mit solcher Hilfe arbeiten lasse.

Senator Straß weiß von der Sonderdeputation gemachten Vorwurf und hält die Vorlage für durchaus notwendig. Die Bundesrat prüft alles gründlich.

Hent behauptet, einen solchen Vorwurf gemacht zu haben. Der Bundrat lehnt die Unterlagen.

Der Senat ist mit der Bewilligung gewilligt, weil sonst die Arbeiten unterbrochen werden müßten. Thiele bittet um Annahme des Antrages, wenn auch die Beschränkung der Arbeit ohne vorherige Bewilligung begangen habe.

Die Kommissionsberatung wird abgelehnt, die Senatsvorlage angenommen.

11. Antrag: Änderung des Besoldungsstatuts für die Beamten der Lübeckischen Zellverwaltung.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Antrag von Thiele: Die Bürgerchaft wolle die an sie unter dem 15. September 1914 gerichtete Eingabe von Robert Bopp, betr. dessen angeblichen Erbsanspruch auf den Nachlaß des 1808 gestorbenen dänischen Geh. Konferenzrates Wulf Heinrich von Thienen, dem Bürgerausschuß zur Prüfung überweisen.

Thiele eruchtet, diese Eingabe dem Bürgerausschuß zu überweisen. Es liege ein Körnchen Wahrheit in der Sache, obwohl ihm gesagt worden sei, es müsse etwas nicht ganz richtig beim Antragsteller sein.

Schwarz unterstützt die Ansicht des Redners. Die Angelegenheit habe schon das preussische Justizministerium, das Abgeordnetenhaus und den Reichstag beschäftigt. Es habe sich aber um eine Lübecker Sache gehandelt, deshalb sei sie zurückgewiesen worden. Sie spiele schon dreißig Jahre. Im Interesse unseres Staatswesens möchte er bitten, einmal Ernst zu machen und die Angelegenheit zu prüfen. Sei nichts daran, dann sei es um so besser. Liege aber wirklich etwas dahinter, dann müsse sie besprochen werden. Er sei im Reichstag Referent dieser Kommission gewesen, und die Sache sei nicht geeignet, darüber mit Lachen hinwegzugehen. Im Interesse des Lübschen Staates sollte die Eingabe dem Bürgerausschuß überwiesen werden.

Die Eingabe wird angenommen, bedarf aber einer zweiten Lesung.

Antrag von Stelling: Die Bürgerchaft eruchtet den Senat, das Polizeiamt anzuweisen, schleunigst umfassende Maßnahmen gegen die herrschende Teuerung zu ergreifen.

Stelling: Ich will mich außerordentlich kurz fassen, mit Rücksicht auf die Zeit und den Umstand, daß Ihnen die Materie, die mein Antrag behandelt, durch die nackten Tatsachen bekannt sind. Wir haben uns in diesem Saale schon mehrfach mit der Teuerung beschäftigt, doch waren es damals andere Voraussetzungen und andere Ursachen. Heute denken wir bei dieser Erörterung der braven Leute, die im fremden Lande für uns in den Schützengräben liegen und ihr Blut vergießen. Die Daheimgebliebenen tun alles Mögliche, um den Soldaten das Los zu erleichtern. Wenn man sich dies vor Augen führt, so muß man zur Schlussfolgerung kommen, daß mit wenigen Ausnahmen das ganze deutsche Volk alles daransetzt, um Sieger zu bleiben. Diese wenigen sind es, gegen die ich mich wende. Ehe vom Bürgerfrieden die Rede war, ist viel vom inneren Feinde gesprochen worden. Man hat uns fälschlich als solche bezeichnet. Heute lernen Sie den inneren Feind kennen. Es sind diejenigen, die mit dem richtigen Namen als Lebensmittelmacher zu bezeichnen wären. Hier ist der Ort, das mit aller Schärfe und Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen, was weite Kreise des Lübschen und deutschen Volkes empfinden. Die nötigen Handhaben zur Bekämpfung des Lebensmittelmachers wurden vom Reichstag schon am 4. August gegeben. Wenn der Bundesrat diesen Wünschen entsprochen hätte, dann hätte es besser um den inneren Frieden ausgesehen. Leider hat der Bundesrat verjagt, er ist nicht so eingeschritten, wie unbedingt erforderlich gewesen wäre. Der Bundesrat hat wohl vor kurzem Höchstpreise beschlossen, diese sind aber als Notstandspreise zu bezeichnen. Ich will die Tätigkeit des Bundesrats nicht kritisieren, weil mir gesagt werden könnte, dies gehöre nicht hierher. Ich bringe es nur deshalb vor, weil wir im Bundesrat vertreten sind.

Die Festsetzung der Höchstpreise geschah viel zu spät (Wichtiges sehr richtig), darauf ist es auch zurückzuführen, daß die Höchstpreise Notstandspreise geworden sind. Worauf ist diese späte Festsetzung zurückzuführen? Da kann ich nicht umhin, zu sagen, daß der Bureaucratismus den Sieg davongetragen hat über die dringende Lebensnotwendigkeit, die im Interesse unseres Volkes liegt. Dadurch kann gerade auch, mit den Kartoffeln das selbe entstehen, wie es mit den Getreidehöchstpreisen geschehen ist. Soweit Kartoffeln in Frage kommen, wäre eine Regelung durch das Reich dringend notwendig gewesen. Schon Herr Klein hat darauf hingewiesen, wie die notwendigen Lebensmittelpreise während der Kriegsmoate gestiegen sind. Ich will nur wenige Beispiele hinzufügen: weiße Bohnen sind von 22 auf 50 und sogar 60 Pfg. das Pfund gestiegen; das ist doch ein horrender Preis, den der kleine Mann einfach nicht bezahlen kann. Ebenso sind Erbsen und die Grünsorten um 75 Prozent gestiegen. Die Preisunterlagen stammen von voriger Woche, und es sind noch nicht einmal die höchsten. Reis erfährt eine Steigerung um 120 Prozent, von 18 auf 40 Pfg. Ein Ende der Steigerung ist nicht abzusehen. Man wird sagen, das sind Artikel, die vom Auslande kommen, deren Zufuhr abgeschnitten und deren Vorrat knapp geworden ist, daraus resultiert die Preissteigerung. Durch diese hohen Preise schaffen wir aber nicht mehr Reis und nicht mehr Hülsenfrüchte. Der Preis wurde erhöht, als die Großhändler noch erhebliche Quantitäten auf Lager hatten, die sie für billiges Geld einkauften. Wenn die Ware trotzdem so außerordentlich teuer verkauft wird, so ist dies nichts anderes als Wucher. Heute Abend noch habe ich erfahren, daß Blasenmalz in Berlin bei großen Bezügen mit 1 Mark pro Pfund bezahlt werden muß. Das ist also der Einkaufspreis. Nun rechnen Sie die Speise hinzu, wie hoch kommt dann das Pfund im Einzelverkauf zu stehen? Dabei ist noch mit einer weiteren Steigerung zu rechnen. Vor wenigen Monaten wurde für dasselbe Schmalz 54 Pfg. bezahlt. Weiter ist das Petroleum schon auf 24 Pfg. gestiegen. Die maßgebenden Instanzen des Reiches und der Einzelstaaten müssen auch hier eingreifen; sie müssen das vorhandene Petroleum aufkaufen und dann zu angemessenen Preisen wieder abgeben lassen. Wenn auch nicht direkt mit Lebensmitteln zusammenhängend, will ich noch die Walle anführen, die eine verhältnismäßig große Steigerung erfährt. Fachleute haben mir erklärt, sie könnten diese Preissteigerung nicht verstehen, wo doch genügend Weile vorhanden sei. (Widerpruch!) Wenn nicht, doch noch vor nicht langer Zeit, als noch genügend vorhanden war, hatten wir schon die Steigerung zu verzeichnen. Es scheint also Tatsache, daß auch vom Wollwucher gesprochen werden kann. Ebenso steigen Lederwaren rasch.

Welche Folgen hat nun diese Teuerung? Wir wollen uns nicht vormachen, aber darüber klar werden, daß die Einkünfte auf die deutsche Volkswirtschaft außerordentlich bedenklich werden müssen. Ein großer Teil haucht für das Vaterland sein Leben aus, ein Teil wird als Krüppel zurückkommen. Da ist es notwendig, daß wir für tüchtigen Nachwuchs sorgen, und dafür, daß dieser Nachwuchs gesund ist. Die Hiergebliebenen haben alle Ursache, darauf hinzuwirken, daß dieses im Interesse des Vaterlandes eintritt, sonst werden sich die Folgen schwer bemerkbar machen.

Die Familienangehörigen der im Felde Stehenden sind zum Teil auf das angewiesen, was sie vom Staat und Reich erhalten. Jetzt kommen die Wintermonate und da wissen wir alle, daß man damit nicht weit kommen kann. Wird nicht eingegriffen, dann bleibt eine Unterernährung nicht aus. Wenden Sie diesen vor und verbefen Sie meinem Antrag zur Annahme. Wenige Worte über die Ursache der Preissteigerung. Den in Frage kommenden Ministern und Verwaltungsstellen kann der Vorwurf nicht er-

spart werden, daß sie durch massenhaften Aufkauf und Verleite in den Zeitungen mit beigetragen haben, die Preise in die Höhe zu treiben. Die Produzenten sind übermäßig geworden. Man sagt sich, die Behörden werden noch mehr brauchen, warum legt zu normalen Preisen verkaufen? Ein Agrarier wird, soweit Kartoffeln in Frage kommen, sagen, die Ernte sei nicht glänzend gewesen. Die Schätzung der Landwirtschaftskammern und des Landwirtschaftsrates rechnen mit 2 Millionen Tonnen mehr als im 10jährigen Durchschnitt. Das ist allerdings nur eine Schätzung, sie wird aber sicher zutreffend sein. Von einer schlechten Ernte ist nicht die Rede. Wenn davon nicht gesprochen werden kann, müssen andere Ursachen vorliegen. Und die sind: Die Produzenten halten die Ware künstlich zurück, um später noch bessere Geschäfte machen zu können. Sie mieten sie ein. Es ist klar, daß, wenn größere Quantitäten eingemietet werden, hierbei durch Verkauf viel verloren geht. Da müssen doch schwere volkswirtschaftliche Bedenken aufsteigen. Nun zur Preisfrage der Kartoffeln. Vor 2 Jahren kostete der Doppelzentner 4 Mark, heute 100 Pfund 4,00 bis 4,50 Mk. Das sind Tatsachen, die uns zwingen, in irgend einer Form etwas zu unternehmen. Ohne im Besitz von Beweisen zu sein, hege ich die Vermutung, daß auch die Großhändler die Kartoffeln hintanhalteten.

Der Bundesrat ist der Auffassung, die Kartoffeln müßten zum Brotbacken verwandt werden. Ob das richtig und praktisch ist, ist eine Frage für sich. In Dessau hat man dabei keine guten Erfahrungen gemacht. Es könnten nur die besten Kartoffeln dazu verwendet werden und das davon gewonnene Mehl ist schon in normalen Zeiten 5-6 Mk. teurer als das andere. Das gibt kein billiges Brot. Wenn hier nach dem Bundesratsrezept verfahren werden soll, ist von Zeit zu Zeit eine Prüfung der Backwaren notwendig, damit das ohnehin schon durch Zulag von Kartoffelmehl minderwertige Brot durch allerlei andere Zusätze nicht noch mehr verschlechtert wird, Fälschungen können da sehr leicht eintreten.

Um zu verhindern, daß die Preise weiter steigen, müssen wir, soweit Kartoffeln in Frage kommen, schnell arbeiten, weil Frostwetter eintreten kann, das den Transport nicht zuläßt. Es ist absolut erforderlich, sofort Maßnahmen zu treffen. Die Mühlen des Bundesrats mahlen viel zu langsam, deshalb ist es notwendig, daß von Lübeck aus etwas unternommen wird. Es muß zunächst auf das Reich eingewirkt werden. Die Festsetzung der Höchstpreise durch das Reich ist auch in dieser Beziehung unbedingt erforderlich. Aber nicht nur bei Kartoffeln, auch Fleisch, Futtermittel, Mehl, Grünwaren, Hülsenfrüchte müssen in die Festsetzung der Höchstpreise einbezogen werden. Dabei darf man jedoch nicht glauben, die Sache sei erledigt. Die Festsetzung von Höchstpreisen im Detailhandel ist ein zweischneidiges Schwert. Ist es doch vorgekommen, daß Butter mit 1,40 Mk. im Höchstpreis normiert wurde, aber 1,48 Mk. im Einkauf kostete.

Der gangbarste Weg ist der von Dr. Rohrbach und Dr. Heim empfohlene, der unter den heutigen Verhältnissen die ganze Nahrungsfrage vom Reich geregelt wissen will. Ein entscheidender Schritt ist notwendig. Produzenten und Großhändler wehren sich dagegen, der Vorschlag ist auch manchem sonst noch unsympathisch, aber die Anreger sind im vollen Recht, wenn sie in Kriegszeit den Privatbesitz in Nahrungsmitteln aufzuheben fordern. Ich hoffe, daß sich der Senat mit der Frage beschäftigt und im angebotenen Sinne an den Bundesrat herantritt. Wir können aber leider wohl noch lange warten, bis der Bundesrat wirkungsvolle Schritte unternimmt. Lübeck muß deshalb, bis eine reichsgesetzliche Regelung eintritt, selbst einschreiten. Glaubt man, daß der von mir vorgeschlagene Weg gangbar sei, dann müssen andere Mittel und Wege eingeschlagen werden. Zunächst muß der Verdrängungswang unter Strafdrohung eingeführt werden. Er soll den Zweck haben, die Vorräte festzustellen. Ich kann mich da auf andere Städte berufen. Sieben setzt Strafen bis zu 3000 Mk. oder 6 Monate Gefängnis aus. Dann muß man Höchstpreise nicht nur für den Groß- und Kleinhandel, sondern auch für den Produzenten festlegen. Dies ist unbedingt notwendig, sonst haben die Höchstpreise keinen Wert.

Ich habe meinen Antrag so gesagt, daß die Polizeibehörde in der Lage ist, den gangbarsten Weg zu wählen. Weigern sich die Händler und Produzenten die Ware abzugeben, kann die Sache anders angefaßt werden. So ist z. B. die Behörde in Wädlingen so verfahren, daß sie den Höchstpreis für den Zentner Kartoffeln mit 3 Mark festgelegt hat. Der Händler, der damit nicht einverstanden ist, dem wird die Ware zu diesem Preis verkauft und das Geld eingehändigt. Das kann man nur billigen. In Süddeutschland, Baden, Bayern und Württemberg hat man sich verständigt, gemeinsam vorzugehen. Auch dort ist man der Meinung, daß es richtig ist, den Produzenten und den Großhändler zu packen. Man wird von einer Schädigung der Großhändler sprechen. Das legt uns auch die Frage vor, wer kommt zuerst in Betracht, ein paar Großhändler oder das deutsche Volk? Hier gibt es keine Rücksicht mehr, selbst wenn einige etwas verlieren. Es muß schon aus dem Grunde eingeschritten werden, weil weite Kreise des Volkes schwer darunter leiden. Bei diesem Wucher kann man getrost von einem öffentlichen Argernis sprechen, und schon des Auslandes wegen sollte man dagegen vorgehen.

Ich bitte Sie also, meinen allgemein gefaßten Vorschlag anzunehmen. Ich weiß, daß er nicht ohne weiteres dem Senat überwiesen werden kann. Ausnahmen wurden allerdings schon früher gemacht und um Zeit zu sparen, könnte auch dieser Antrag dem Senat direkt überwiesen werden.

Im Interesse unserer Heeresangehörigen, die im Kriege ihr Leben in die Schanze schlagen, werden Sie gegen den Wucher einschreiten müssen. Wir müssen uns darüber einig sein, daß das Vaterland auch den Daheimgebliebenen gerecht wird, damit das deutsche Volk gesund und kräftig bleibt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten und im Hause.)

Präsident Dimpfer befragt, die Sache dem Bürgerausschuß zu überweisen, da eine Reihe Gesichtspunkte in der Rede Stelling's mitsprechen, die reiflicher Prüfung bedürften.

Senator Kulenkamp betont, daß das Polizeiamt ausdauernd die Preise der Lebensmittel verfolgen und zu Diensten eine Interessentenversammlung einberufen habe.

Thiele unterstützt den Antrag Stelling's. Er wolle nicht von einer Teuerung sprechen, sondern von einer Knappheit. Diese führe zur Unterernährung. Auch die Milch ist knapp geworden.

Hent (Büttwich) freut sich, daß er mit Stelling teilweise übereinstimme. Die Ernte sei leider nicht so ausgefallen, wie man wünschen möchte. Die Höchstpreise seien zu spät eingeführt worden, sie dürften aber auch nicht unter dem Marktpreis sein. Die Kartoffelernte sei nicht so schlecht geraten, viele seien noch gar nicht geerntet und kommen erst

nach auf den Markt. Der vorzeitige Einkauf großer Kartoffelmengen in den einzelnen Haushaltungen habe die Feuerung mitbewirkt. Die Milchknappheit resultiere von der Vorkriegszeit, daß die Käber erst von einem gewissen Alter ab geschlachtet werden dürften.

W r ö s c h (Harmsdorf) wünscht die Preise so festgesetzt, daß sich die Sache auch rentiere. Höchstpreise seien auch für Dünger und Futtermittel notwendig.

Der Antrag von Stellung wird einstimmig dem Bürgerausschuß überwiesen.

Schluß 9 1/2 Uhr.

Kriegsbriefe.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Gent, 22. Oktober 1914.

Im Forderland.

Wir kommen soeben aus dem belgischen Forderland zurück. Wenn diese Sätze vor die Augen unserer Leser kommen, wird wahrscheinlich das verzweifelte Ringen der Franzosen, unterstützt von der englischen Flotte, noch andauern. Denn das ist jedem Laien klar, der dieses Land gesehen: es ist geschaffen wie zur Verteidigung, und der Angriff auch der tollkühnsten Truppen kann hier nur langsam, Forder nach Forder, vor sich gehen.

Was ist ein Forder? Es ist dasselbe, was im Niederdeutschen an der Nordsee Kooge oder Koge genannt wird: ein Stück Marschland, das durch hohe Deiche künstlich dem Meere und den Watten abgewonnen wurde. Zuerst zieht man die Dämme ans Meer. Dann saugt man mit gewaltigen Maschinenpumpen (Fordermühlen) das Wasser aus dem gewonnenen Bassin. So entsteht fruchtbarstes Land, wo einst Moräste lagen oder das Meer in Flut und Ebbe sein Salzwasser hin- und herwarf.

Das echte Forderland ist nicht Belgien, sondern Holland. Holland hat nicht nur an der Meeresküste, sondern auch im Innern durch Trockenlegung großer Seen (z. B. des Harlemer Sees) gewaltige Forder geschaffen. Das vielversprochene Projekt der Trockenlegung des Zuidersees ist auch nichts anderes als der Plan, aus dem See durch Ziehen von Querdeichen und darauffolgendes Auspumpen ein Riesensystem von Fordern zu machen.

Das belgische Forderland erstreckt sich über die westliche Hälfte der Provinz Westflandern. Die militärische Lage brachte es mit sich, daß wir aus eigener Anschauung nur einen kurzen Streifen des belgischen Forderlandes, und zwar den östlichen, kennen lernten. Das übrige Forderland befand sich teils noch in belgischen Händen, teils fand dort der Aufmarsch des deutschen Heeres statt.

Vom Meere ist das Forderland heute durch die Dünen und großen Deiche getrennt, auf denen ein Kranz bekannter Seebäder von Ostende bis Dünkirchen sich hinzieht. Wandert man die breite und während der Badezeit immer stark belebte Landstraße zum Entree des Tribunes bei Ostende hinaus, so gelangt man in einer guten halben Stunde nach Mariakerke, in ebenso langer Zeit nach Middellkerke, beides Seebäder ersten Ranges. Diese Straße war besetzt von luftwandelnden Soldaten, als wir unseren Ausflug begannen. Heute liegt sie im Schußbereich englischer und deutscher Kanonen, und nach einer Verordnung des deutschen Admirals v. Schröder ist das Betreten dieses Seedammes verboten. Natürlich ist heute auch der Zutritt zu der berühmten Seepromenade von Ostende selber unmöglich. Vor ein paar Tagen sahen wir noch im Hotel Majestic und verfolgten durch das Fenster die Bewegungen der englischen Schiffe. Heute zeigt dasselbe Hotel ein paar kräftige Beulen, die von englischen Schiffskanonen herrühren.

Die wichtigsten Orte des belgischen Forderlandes sind zugleich diejenigen Orte, um die heute am heftigsten gekämpft wird. Neuport, Dymuiden, Koozelaere und Ypern. Neuport war bis vor kurzem das Zentrum der feindlichen Stellung. Wir konnten von dem Badeorte Neuport nur den Leuchtturm und ein paar Häuser sehen. Die Stadt selber liegt 3 Km. landeinwärts. Ganz nahe dagegen waren wir an Westende heran, das jetzt durch englische Schiffsartillerie stark mitgenommen sein soll. Die Umgegend der Stadt Neuport ist zum großen Teil noch recht sandig. Hier und da werden spärliche Kartoffeln dem Boden abgerungen. Möven freizehen über dem scharfen Wasser der Yser, die einem Kanal ähnlicher sieht, als einem Flusse. Sie ist in Wirklichkeit beides zugleich. So kümmerlich aber der landschaftliche und landwirtschaftliche Eindruck dieser Gegend ist, so reich beladen ist sie mit historischen Erinnerungen. Auf diesem sandigen Boden wurden die Vertreter der „lateinischen Kultur“ schon einmal geschlagen. Die Spanier durch Moriz von Oranien (1600). Und auch die Franzosen haben hier schon gekämpft. 1489 kämpfte die flandrische Stadt Neuport siegreich gegen ein französisches Belagerungsheer. Heute dagegen stehen die Kanonen der Alliierten neben denen der Franzosen.

Das eigentliche, das fruchtbarste Forderland erreicht man, wenn man von Neuport die Yser hinauf nach Dymuiden fährt. Diese kleine Stadt und ihre Umgegend sind wie von Holland hierherverpflanzt: saftige Wiesen mit schwarz-weißen Kühen, Windmühlen, Moltereien, Blumengärten, Obst- und Gemüsepflanzungen, alles tief zwischen den regelmäßig gezogenen Deichen und Dämmen liegend. Und Dymuiden ist das Zentrum und der Stapelplatz dieser hochstehenden agrarischen Kleinkultur. Große Transporte von Weiz, Butter und Eiern gehen von hier die Yser hinab, zum großen Teile nach England. Diese kleine ruhige Stadt soll nach den Berichten hier eintreffender Verwundeter fast gänzlich zerstört sein.

Am schärfsten umstritten aber ist Koozelaere. Zweimal stürmten in diesen Tagen unsere Truppen die Stadt, zweimal ward sie ihnen von den Alliierten entrissen. Endlich eroberten sie sie zum dritten Male. Wie mag diese Stadt aussehen, besonders der weithin sichtbare Turm ihrer Kathedrale! Und wie viel wirtschaftlicher Schaden ist diesem Lande schon jetzt zugefügt. Denn der Flachs lag gerade geschnitten auf den Feldern, da brach der Krieg auch in diese bisher von ihm verschonten Gefilde ein. Wahrhaftig, die belgische Regierung wußte nicht, was sie ihrem Lande mit diesem Kriege antat. Aber die französische Heeresleitung wußte

wohl ganz genau, warum sie mit aller Macht zu erreichen suchte, daß dieser Riesenkampf um die Kanalküste auf belgischem und nicht auf ihrem eigenen Grund und Boden stattfände.

Die Gegend von Koozelaere und weiter südlich von Ypern baut viel Flachs. Beide Städte handeln auch stark in Leinenwaren. Wer je einmal durch Flandern gefahren ist, dem werden die endlosen Flachstapel aufgefallen sein, die im Herbst längs den Flüssen und Kanälen lagern. Yperns ganzer Ruf beruhte ja schon im Mittelalter auf seiner Weberei. Am 13. Jahrhundert sollen in dieser Stadt 4000 Webstühle tätig gewesen sein. Auch um Ypern tobt bekanntlich eine heftige Schlacht. Ypern, Koozelaere, Dymuiden und Neuport zeigen ungefähr die Kampflinie an, auf der heute gekämpft wird — jene Linie, die sich dann nach Süden in die große Schlachtlinie der nordfranzösischen Kämpfe fortsetzt. Diese Linie geht quer durch das überschwemmte Forderland. Sie zieht zum großen Teile an dem schon genannten Yser-Kanal entlang. Sie zeigt jedem, welcher ungeheure Schwierigkeiten unsere Soldaten hier zu überwinden haben. Aber sie zeigt auch in ihrer charakteristischen Krümmung, welche hoher Siegespreis ihnen winkt, wenn sie durchhalten wie bisher. Ueber die Kämpfe selber kann erst später berichtet werden. Auf das Leben in Ostende, Brügge und Gent haben die Schlachten in Westflandern natürlich einen großen Einfluß ausgeübt. Ostende ist in den Teilen, die nach der See zu liegen, so gut wie verlassen. In andern Teilen kampieren die Leute zum Teil in Kellern. Ein großer Teil der Bevölkerung ist nach Brügge geflohen. Und was für Ostende gilt, gilt auch für Blankenberghe.

Als wir vor etwa acht Tagen durch Brügge auf Ostende zu fuhren, da war, wie wir damals berichtet haben, vom Krieg hier wenig zu merken. Heute liegt die Stadt dicht hinter der Feuerlinie. Durch ihre stillen Straßen jagen die Automobile des Roten Kreuzes. Immer neue Kolonnen mit ihren schwerbeladenen Wagen rattern über den Markt — Tag und Nacht. Das Grollen der Geschütze entfernt sich manchmal, manchmal scheint es ganz nahe. Gefangene passieren nachts die dunkeln Straßen. Nur die alten Türme Brügges, die schon so viele Schlachten gesehen, blicken auch heute friedlich über das Land, in dem ein irreführendes Volk seinen letzten Kampf ausficht.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die preussische Verlustliste Nr. 66 enthält folgende Truppenteile:

Infanterie: 3. und 4. Garde-Regiment. — Garde-Grenadier-Regiment Elisabeth. — Grenadier-Regimenter Nr. 1, 3. — Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 5, 6. — Grenadier-Regiment Nr. 7. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 7. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 7. — Grenadier-Regiment Nr. 10. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 10. — Grenadier-Regiment Nr. 12. — Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 12, 13. — Brigade-Gras-Bataillone Nr. 13, 14. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 16. — Brigade-Gras-Bataillon Nr. 16. — Infanterie-Regiment Nr. 17. — Brigade-Gras-Bataillon Nr. 20. — Infanterie-Regimenter Nr. 21, 23. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 23. — Infanterie-Regiment Nr. 25. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 26. — Infanterie-Regiment Nr. 27. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 27. — Infanterie-Regiment Nr. 28. — Brigade-Gras-Bataillon Nr. 28. — Infanterie-Regimenter Nr. 29, 30, 31. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 31. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 32. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 32. — Brigade-Gras-Bataillon Nr. 32. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 34. — Füsilier-Regim. Nr. 35, 36, 37. — Landwehr-Infant.-Reg. Nr. 37. Füsilier-Regiment Nr. 38. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 38. — Brigade-Gras-Bataillone Nr. 39, 41. — Infanterie-Regimenter Nr. 42, 43, 45, 46. — Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 46, 47, 49. — Brigade-Gras-Bataillone Nr. 49, 50. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 51. — Infanterie-Regiment Nr. 53. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 56. — Infanterie-Regiment Nr. 62. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 66. — Infanterie-Regiment Nr. 67. — Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 68, 71. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 71. — Infanterie-Regiment Nr. 72. — Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 72, 74. — Infanterie-Regiment Nr. 75. — Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 75, 80. — Infanterie-Regiment Nr. 82. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 82. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 83. — Brigade-Gras-Bataillon Nr. 83. — Infanterie-Regimenter Nr. 84, 85, 87. — Grenadier-Regiment Nr. 89. — Füsilier-Regiment Nr. 90. — Infanterie-Regiment Nr. 93. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 94. — Infanterie-Regimenter Nr. 95, 97, 98. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 98. — Grenadier-Regiment Nr. 109. — Infanterie-Regimenter Nr. 113, 114. — Leibgarde-Infanterie-Regiment Nr. 115. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 115. — Infanterie-Regimenter Nr. 118, 130, 150, 155, 158, 161, 165, 168, 170, 175. — Reserve-Infanterie-Regiment Weg. — Landsturm-Bataillon Nr. 87. — Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 4.

Kavallerie: 1. Garde-Dräger-Regiment. Schwere Reserve-Reiter-Regiment Nr. 2. Dräger-Regiment Nr. 6. Reserve-Dräger-Regiment Nr. 8. Ulanen-Regiment Nr. 8. Jäger-Regiment zu Pferde Nr. 10. 2. Landsturm-Eskadron des 2. Armeekorps.

Feldartillerie: Feldartillerie-Regiment Nr. 2. Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 3. Feldartillerie-Regiment Nr. 7. Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 7. Feldartillerie-Regimenter Nr. 8, 19. Reserve-Feldartillerie-Regimenter Nr. 19, 20. Feldartillerie-Regimenter Nr. 25, 38, 39, 41, 45, 56, 59, 63, 67, 75.

Fußartillerie: Fußartillerie-Regimenter Nr. 5, 13. Reserve-Fußartillerie-Regiment Nr. 15.

Pioniere: Pionier-Bataillone Nr. 15, 21, 24. Pionier-Regiment Nr. 25. Pionier-Gras-Bataillon Weg.

Fortifikationen: Festungs-Baukompanie Nr. 53.

Sanitäts-Kompagnien: Sanitäts-Kompagnie Nr. 1 des 18. Armeekorps.

Train: Fuhrpark-Kolonnen Nr. 7 des 16. Armeekorps.

45. Verlustliste der sächsischen Armee.

Reservist Franz Hierohs, Cutin, leicht verwundet (4. Garde-Reg., Berlin. Lichtle Grand und Vapauze 3.5. und 7. Biancourt am 4.5. und Commercecourt 3.7. Okt.) — Grenadier Karl Schulz IV., Rabensdorf, leicht verwundet (Königin-Elisabeth-Garde-Grenadier-Reg. 3, Charlottenburg. Normee 8.9., Licht und Puisseur 3.5, Bucquoy 7. Okt.) — Reservist Christian Köhler, Müllham, Kreis Stormarn, bisher vermißt, ist verwundet (Inf.-Reg. 31, Altona.) — Wehrmann Wilhelm Scheffer, Lübeck, vermißt; Wehrmann Ernst Wille, Marienstadt, Herzogt. Lauenburg, vermißt; Wehrmann Friedrich Melcher, Lübeck, schwer verwundet

(Landwehr-Inf.-Reg. 34, Bromberg, 2. und 3. Bat. August 28., Ditzanke 30. Sept.) — Geheimer Rudolf Niemann, Groß-Gröbau, Herzogt. Lauenburg, vermißt (Inf.-Reg. 98, Meß. Am Othain Bach und Audun-le-Roman am 24. Aug., Saint-André am 6. 10., 23. und 24., Heippes am 10., Cheppp-Berg am 22. und 23., Berg am 23. und 24., Four de Paris am 28. und la Chalade im Argonnerwald vom 28. bis 30. Sept.)

Was soll Rumänien tun?

Die Haltung Rumäniens im gegenwärtigen Weltkrieg ist von nicht geringer Bedeutung, wie in Bulgarien, läßt Rußland deshalb auch in Rumänien reichlich die Rubel rollen, um Rumänien zum Anschluß an den deutsch-feindlichen Bund zu bewegen. Die Regierung des verstorbenen Königs entschied sich für Neutalität und in den ersten Regierungskundgebungen unter dem neuen König wurde versichert, daß man an der alten Politik festhalten wolle. Aber in gewissen rumänischen Kreisen verjährt das russische Liebeswerben und der russische Rubel seine Wirkung doch nicht. Ein ungenannter rumänischer Politiker hat daher vor einigen Wochen ein Schriftchen erscheinen lassen: „Was soll Rumänien tun?“ (Soeben in deutscher Uebersetzung bei Karl Curtius, Berlin W. 35, erschienen), in dem er dringend an dem Anschluß an Rußland warnt. Er faßt seine Darlegungen im Schlußkapitel wie folgt zusammen:

„Aus diesem Kriege wird ohne Zweifel eine neue Gruppierung der europäischen Staaten erfolgen, und zwar: Entweder wird Rußland besiegt, und dann wird ihm die Einbruchstraße zu uns und zum Mitteländischen Meere für lange Zeit (wenn nicht für immer) verperrt; oder Rußland wird Sieger bleiben, und dann werden alle Länder und Völker Osteuropas, die in die „slawische Zone“ bis zum Adriatischen Meere, Tirol und den deutschen Grenzen fallen — unter den Einfluß Rußlands kommen, welchem bald die russische Herrschaft folgen wird. Im ersten Falle wird das Rumänentum nicht nur im Besitze seines heimatlichen, von den Urvätern geerbten Bodens bleiben, sondern auch seine historische Mission von zwei Jahrtausenden bewahren: eine wiedererwachte lateinische, von der slawischen Ueberflutung gerettete Kultur zu entwickeln, eine „römische Schildwache“ der abendländischen Kultur in den Karpaten, am Danestz und am Schwarzen Meere — gegen den Ueberfall der asiatischen Barbarei zu sein. Im zweiten Fall wird über kurz oder lang alles überschwemmt werden, und kann alles verschwinden: geschichtliche Mission, römische Schildwache, lateinische Kultur und der rumänische Volksstamm. Der Sieg Rußlands im Namen des Panlawismus und an der Spitze der asiatischen Volkswürme bedeutet die nahehe Liebesgefahr des rumänischen Volksstammes. Mögen wir mit ihm gehen, mögen wir ihm noch soviel Hilfe leisten, möge es uns nach dem Siege noch soviel Lohn versprechen oder geben — alles wäre von kurzer Dauer, alles würde von seinen besonderen Trieben und von seiner und seiner Völker Feindschaft gegen die ganze abendländische Kultur auf romanischer, lateinischer Grundlage, vernichtet werden. Deutschland, das mit starkem Herzen und gestählter Brust vor diesem asiatischen Einfall in neuer Form steht, erfüllt den riesenhaften Beruf des Verteidigers der europäischen Zivilisation. Es ist eine große Sünde, es ist ein fürchterliches Verhängnis, daß dieser Einfall (der Russen) von einer so gebildeten, reichen und edlen Nation, wie die französische, unterstützt wird, die vom Siege, für den sie jetzt alle ihre Kräfte an Menschen und Reichthum einsetzt, nur große und schwere Verluste in einer sehr nahen Zukunft zu erwarten hat. Die Rumänen sind nicht fähig, einen solchen Helfer zu begehren. Wir wissen, wer die Russen sind. Wir haben sie des öfteren in unserem Lande gehabt, das sie als „Protoktoren“ besetzt hatten; wir haben sie sogar aus großer Not mit unserem Blute gerettet; wir hatten eine große und schöne Provinz, die sie uns genommen und seit einem Jahrhundert beherrschen. Wir kennen sie, wir wissen, wie sie sind, aber die Franzosen kennen sie nicht. Sie haben jetzt mit ihnen eine vorübergehende Verbindung, die sie viel, sehr viel kostet, aber sie können es bezahlen. Wir aber können den Sieg ihres Bündnisses nicht mit der Zukunft und mit dem Leben unseres Volksstammes bezahlen. Das versteht nicht nur jeder Rumäne, sondern jeder richtig urteilende Mensch. Nein! Rumänien kann nicht mit Rußland gehen, um Deutschland niederzuwerfen.“

Die Ernte der englischen Rüstungsinteressenten unter Grey und Asquith.

Als die liberale Partei in England den Sieg über die Konservativen davontrug, geschah es auf Grund eines Programms, das ein Friedensprogramm und ein Programm der Verminderung der Ausgaben für die Flotte war. Der jetzige erste Lord der Admiraltät griff im Jahre 1906 die konservativere Regierung energisch und heftig wegen ihrer unwirtschaftlichen Ausgaben für die Marine an. Die Regierung der Liberalen hat aber im strikten Gegenjag zu ihrem Friedens- und Abrüstungsprogramm gehandelt.

Schon im ersten Budget von 1906/07 steigerte sie die Ausgaben für die Flotte auf 620 Millionen Mark und im Jahre 1914 forderte Winston Churchill für die Kriegsstärke 1020 Millionen Mark. Genosse Snowden von der unabhängigen Arbeiterpartei wandte sich gegen die Forderung und zitierte ein Wort des Lord Welby, der einmal Schatzkanzler war: „Wir sind in den Händen einer Organisation von Leuten, die uns über den Köpfen harrieren. Diese Organisation besteht aus Politikern, Militärs, Waffenfabrikanten und Journalisten. Alle verlangen unbegrenzte Ausgaben und sie erfinden politische Paniken, um das Publikum und die Minister zu erschrecken.“

Das Jahr 1909 brachte eine solche „Panik“. Im vorhergehenden Jahre hatten die Rüstungsfirmen Armstrong, Whitworth, die Conventry Ordnance Works und Beardmore mit Hilfe der Vickers Limited neue Schiffswerfte gebaut. Im Jahre 1909 liegen die Privataufträge für neue Schiffe auf 7 Millionen Pfund Sterling. Das Jahr 1910/11 war das des ersten neuen Flottenprogramms unter der liberalen Regierung. Man hatte aus einem an sich geringfügigen politischen Zwischenfall eine große politische Gefahr für Großbritannien gemacht und unter der Herrschaft der Furcht wurde das neue Flottenprogramm angenommen. Die privaten Aufträge fielen auf 4 1/2 Millionen Pfund Sterling. Dafür kamen die Regierungsaufträge. Der Gewinn der Vickers Limited belief sich auf 424 000 Pfund Sterling; zwei Jahre darauf hatte er sich verdoppelt. Das war der Erfolg des neuen Flottengesetzes für die Aktionäre dieser großen englischen Rüstungsfirma. Die Dividenden der Vickers Limited steigerten sich unter der liberalen „friedensfreundlichen“ und rüstungsfeindlichen Regierung der Asquith, Grey und Churchill von 474 000 auf 544 000, dann auf 745 000 und im letzten Jahre auf 872 000 Pfund Sterling. Für die Firma Armstrong ergibt sich eine Steigerung von 429 000 auf 777 000 Pfund Sterling im Jahre 1912. Die Schiffswerft Beardmore konnte ihre Dividenden von 72 000 auf 201 000 Pfund Sterling erhöhen; sie hat in drei Jahren ihren Dividendenfuß verdreifacht. Diese drei „Deadweight“-Firmen hatten in einem einzigen Jahre einen Reingewinn von rund 97 Millionen Mark.

Die genannten Firmen haben Zweigniederlassungen in zahlreichen Ländern Europas. So hat die Wickers Limited u. a. Werften in Spanien und in Italien. Sie sind außerdem tätig in der Industrie der Wickers Limited. Die Liste der Aktionäre der Wickers Limited weiß Angehörige aller Länder auf: Italien, Japan, Rußland, Brasilien, China, Spanien, Chile usw. Die englische Regierung hat unter Bruch ihres Friedens- und Abrüstungsprogramms, durch das sie in den Sattel kam, jetzt ihrer Herrschaft für den Krieges gerufen. Sie wurde dabei gedrängt und geschoben durch die Interessen des englischen Kapitalismus, das gewaltige Gewinne einheimste und das aus dem furchtbaren Ringen der Völker, aus all dem vergossenen Blut neue und höhere Dividenden herauswirtschaften wird.

Soziales.

Die Verwarnungen des Generalkommandos wegen ungeredeter Gehaltskürzungen paßt den Handelskammern des Industriegebietes nicht. Sie wenden sich dagegen, erklären sie für ungerechtfertigt und mit ihnen lagern die Unternehmerverbände, daß sie nur im Interesse der Angestellten gehandelt hätten und überflüssige Arbeitskräfte in Zukunft ganz einstellen würden, denn selbst Militärlieferungen würden keinen Nutzen abwerfen (?). — Es ist nichts Neues, daß die Unternehmer stets nur im „Interesse ihrer Angestellten“ handeln. Das machen sie jetzt auch durch die Handelskammer dem preussischen Generalkommando klar.

Süßkartoffeln. Für den Regierungsbezirk Koblenz sind jetzt Süßkartoffeln für Kartoffeln festgelegt worden. Sie betragen für Speisekartoffeln beim Einkauf vom Züchter für den Zentner 3 Mk., im Zwischenhandel 3.80 Mk. Für besonders edle Sorten können auf Antrag Ausnahmen zugelassen werden.

Der Sternenhimmel im November.

Den Kometa 1913 f (Delavan), den im letzten Monat mancher unserer Leser beobachtet haben wird, hat man öfter mit einem nicht ganz glücklichen, weil einer abergläubischen Vorstellungsweise dienenden, Ausdruck als den Kriegskometen bezeichnet. Wieviel Unheil hätte, wenn die Wirklichkeit solchen Vorstellungen einen Rückhalt hätte geben wollen, der Entscherte Komet, der alle 3,3 Jahre wiederkehrt, schon über die Völker, die unseren Planeten bewohnen, bringen müßte! Im vorigen Jahre waren sechs Kometenentdeckungen zu verzeichnen, im laufenden Jahre hat man schon vier dieser merkwürdigen Gesteine gefunden. Ueber zwei von ihnen berichteten wir bereits; das dritte ist der im Perseus am 17. September durch photographische Beobachtung der Hertzs-Sternwarte (Williamsbay, Wisconsin) wieder aufgefundenen Entscherte Komet, der inzwischen nördlich am Fuhrmann vorbei nach dem südlichen Teile des Großen Bären gewandert ist und am 1. November etwa 10 Grad westlich von dem Sterne Arktur im Bootes steht. Als ein Gebilde 14. Sterngröße ist dieser Komet nur mit sehr großem Fernrohr zu sehen. Mit bloßem Auge dagegen war der vierte Komet dieses Jahres erkennbar, der von der der Harvard-Sternwarte zugehörigen Höhensternwarte in Arequipa (Peru, 2452 Meter über dem Meeresspiegel) Mitte September in dem Sternbild Dorado des südlichen Sternhimmels, weiterhin am 29. September von Cordoba aus im Sternbild des Bildhauers östlich von Komahaut (dem später genannten Sterne im südlichen Fisch) gesehen wurde. Andere Beobachtungen haben in Rom und Barcelona stattgefunden; danach stand am 19. Oktober der Komet im Sternbild des Wassermanns. Er scheint sich nach allem auf das Sternbild des Schwans zu bewegen und müßte auch in unseren Breiten schon wahrnehmbar sein. Der Komet Delavan steht am 1. November östlich von Arktur (im Bootes) und ist nur noch morgens zu beobachten.

Den Mittagskreis von Luba überqueren am 1. November die Sterne Deneb im Schwan um 6 Uhr 15 Min. in 51,1 Grad Höhe, Alpha im Wassermann um 7 Uhr 33 Min. in 35,4 Grad Höhe, Komahaut im südlichen Fisch um 8 Uhr 29 Min. in 6,1 Grad Höhe, Strach in der Andromeda um 9 Uhr 40 Min. in 64,3 Grad Höhe und Hamel im Widder um 11 Uhr 35 Min. in 39,2 Grad Höhe.

Die folgenden Angaben gelten für die Zeit, zu der Sirius in der Andromeda, weißer Stern mit den drei östlichen des Regulus ein großes Trapez bildet, den Mittagskreis überquert, also für 9 Uhr 40 Min. am 1. November und jeden folgenden Tag für vier Minuten später. Nahe am Zenit steht das W der Cassiopeia vor dem Mittagskreis und östlich davon Perseus mit dem berühmten veränderlichen Sterne Algol, noch weiter östlich der Fuhrmann mit der glänzenden Capella. Südlich von der Andromeda durchschneidet der Mittagskreis das Sternbild der Fische, unter dem sich der Wal-fisch ausbreitet. Der Stier mit den Plejaden befindet sich über dem Osthorizonte, wo auch schon die nördlichsten Sterne des Orion, Betelgeuze und Bellatrix, erschienen sind. Die Sternreihen der Zwillinge liegen über dem ostnordöstlichen Horizonte. Im Westen steht senkrecht gegen den Horizont hin das große Kreuz des Schwans, unter welchem sich etwas mehr nach Osten hin der Adler ausbreitet. Den nordwestlichen Quadranten nehmen Cepheus, der Kleine Bär, der Drache, die Leier und Hercules ein. Ueber dem Nordhorizonte durchschneidet der Mittagskreis den Großen Bären.

Die Sonne tritt am 22. aus dem Zeichen des Störchens (Sternbild der Waage) in das Zeichen des Schützen (Sternbild des Skorpions). Ihre Mittagshöhe nimmt von 21,90 Grad am 1. November auf 14,12 Grad am 1. Dezember ab, die Dauer des Tages vermindert sich in diesem Monat um 1 Stunde 11 Minuten. Die Auf- und Untergangszeiten für Luba sind in mitteleuropäischer Zeit folgende:

	Aufgang	Untergang	Tageslänge
1. November	7 Uhr 18 Min.	4 Uhr 43 Min.	9 Std. 25 Min.
8. "	7 " 32 "	4 " 29 "	8 " 57 "
15. "	7 " 46 "	4 " 18 "	8 " 32 "
22. "	7 " 59 "	4 " 7 "	8 " 8 "
29. "	8 " 11 "	4 " — "	7 " 49 "
1. Dezember	8 " 14 "	3 " 58 "	7 " 44 "

Die Phasen des Mondes sind folgende: Vollmond im Widder am 3. um 12 Uhr 49 Min. nach Mitternacht, letztes Viertel im Löwen am 11. um 12 Uhr 37 Min. nach Mitternacht, Neumond in der Waage am 17. um 5 Uhr 2 Min. nachm., erstes Viertel im Wassermann am 24. um 2 Uhr 39 Min. nachm. Seinen höchsten Stand nimmt der Mond am 6., seinen tiefsten am 19. ein. In der Erdferne steht er am 2. und am 30., in der Erdnähe am 17.

Von den Planeten bleibt Mars unsichtbar und auch Venus entzieht sich der Beobachtung. Letztere wird am 7. rückläufig und am 27. steht sie in unterer Konjunktion mit der Sonne (Stellung Erde-Venus-Sonne), sie wird Morgenstern. In unterer Konjunktion wird am 7. ferner stehen Merkur, womit sich ein wichtiger Vorgang verbindet: der Durchgang des Planeten durch die Sonnenscheibe, da an demselben Tage der Planet den aufsteigenden Knoten überschreitet, d. h. da Erde, Merkur und Sonne sich in derselben Ebene befinden. Schon mit einem kleineren Fernrohr ist der Vorgang zu beobachten. Der Eintritt erfolgt 156 Grad östlich, der Austritt 105 Grad westlich von dem Nordpol der Sonnenscheibe. Die Zeiten für Berlin, von denen sich die Zeiten für andere Orte in Deutschland um höchstens 2 Sekunden unterscheiden, sind folgende: äußere Berührung beim Eintritt um 11 Uhr 58 Min. 5 Sek., innere Berührung beim Eintritt um 12 Uhr 20 Sek., innere Berührung beim Austritt um 3 Uhr 6 Min. 38 Sek., äußere Berührung beim Austritt um 3 Uhr 8 Min. 52 Sek. Die Beobachtung der Merkurdurchgänge — noch mehr der Venusdurchgänge, deren nächster sich aber erst am 7. Juni 2004 ereignen wird — ist wichtig für die Bestimmung der Sonnenparallaxe, die ihrerseits wieder zur Bestimmung der Entfernung der Sonne von der Erde dient. Die Sonnenparallaxe ist der Winkel, unter dem von der Sonne aus gesehen der Äquatorhalbmesser der Erde erscheinen würde. Das solche Durchgänge sich in der angegebenen Weise verwerten lassen, ist ein Gebrauche, der zuerst Edmund Halley aufsuchte, als er am 7. November 1677 auf St. Helena einen Merkurdurchgang beobachtete. Die erste Voransberechnung eines Merkurdurchganges — und zwar für den 7. November 1631 — hatte Kepler vorgenommen. Der nächste Durchgang wird am 7. Mai 1924 stattfinden. Der glänzendste Stern des Abends, Jupiter, steht am 7. in Quadratur zur Sonne. Am 1. November geht er um 12 Uhr 5 Min., am 1. Dezember um 9 Uhr 24 Min. unter. Am 23. wird er vom Monde überholt. Saturnus, dessen südliche Ringfläche beleuchtet ist, geht am 1. November um 7 Uhr 21 Min., am 1. Dezember um 5 Uhr 23 Min. auf; er befindet sich an der Grenze der Sternbilder Stier und Zwillinge. Uranus im Steinbock geht etwa 20 Minuten vor Jupiter unter. Neptun steht südöstlich von Pollux.

Zwischen dem 13. und dem 15. ist der Meteorstrom der Leoniden (vom Sternbilde des Löwen ausgehend), am 23. derjenige der Andromediden zu erwarten. Letztere sind Überreste des Bielajchen Kometen, weshalb sie auch Bieliden genannt werden. R. G. Steller.

Aus dem Gerichtssaal.

Gegen brutale Handwerker und Verwalter geht das Kriegsgericht in Breslau kräftig vor. Ein solcher Verwalter drang in Abwesenheit der Mieterin in deren Wohnung ein und stieß die Möbel, weil sie die Miete nicht bezahlte hatte, auf den Flur. Hier fand die Witwe ihre Einmütigung und fünf weinende Kinder darum. Das Kriegsgericht diktierte dem menschenfreundlichen Manne 14 Tage Gefängnis, die innerhalb 24 Stunden anzutreten sind. In einem milder liegenden Falle erhielt eine Verwalterin einen Tag Gefängnis; aber der Festungskommandant von Breslau kündigt Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre für die Hausbesitzer an, die arme Mieter ohne Mitleid heraussetzen.

Parteilichkeit in der Schule. Vor der Kölner Strafkammer hatte sich der Pfarrer Ferdinand Hagen aus Bachem bei Köln wegen Mißhandlung eines Schülers im Amte zu verantworten. Der Angeklagte ist Ortschulinspektor und erteilt Religionsunterricht. In der Religionsstunde, bei der Christenlehre, erzählte er seinen Schülern von den sozialdemokratischen Ansichten. Diese wollten den Kapitalismus bekämpfen, während doch der Anführer Bebel eine Million Mark Vermögen (!) hinterlassen habe. Ein Knabe stand auf und sagte, es sei nur der dritte Teil einer Million gewesen, worauf der Schüler Hagen sich umdrehte und den Jungen anfaßte. Dafür schlug der Geistliche diesen Jungen derart, daß er, wie der behandelnde Arzt vor Gericht bestätigte, schwere Ohrverletzungen davontrug. Neben einer inneren Blutung war der Gehörgang eingeringelt. Neun Wochen war der Junge in ärztlicher Behandlung. Vor Gericht verteidigte sich der Geistliche damit, daß in seinem Dorfe die Sozialdemokratie stark verbreitet sei, und da habe er es für sein Recht gehalten, ihre Anschauungen zu widerlegen. Er habe nicht das Bewußtsein, das Zuchtungsrecht überschritten zu haben. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte Freisprechung, denn der Pfarrer sei verhöhnt worden. Das Zuchtungsrecht sei nach Lage der Sache nicht überschritten worden! Die Strafkammer verhängte aber 10 Mark Geldstrafe, da der Pfarrer bewußt über das gestattete Maß hinausgegangen sei. Die Geldansprüche des Vaters seien auf dem Zivilwege zu erledigen.

Zusammen 57 Jahre Zuchthaus erhielten von einem Kriegsgericht im Westen drei Männer und zwei Frauen, sämtliche Franzosen, welche englische Soldaten im Keller verborgen und dies trotz ausdrücklichen Befragens deutscher Truppen bestritten hatten. Die Verurteilten wurden über Lüftich der Strafanstalt in Aachen zugeführt.

Aus Nah und Fern.

Aber die Petrolemnot, die sich in Berlin wie in anderen Städten bemerkbar macht, hat der Lokalanzeiger eine Umfrage bei den Großhändlern veranstaltet. Wir beziehen den Hauptteil aus Amerika, dessen Zufuhr abgeschnitten ist. Die Raffinerien von Österreich-Ungarn, das sonst auch viel Petrolem liefert, arbeiten fast nur für Benzin und die Menge Ware in Rumänien ist nicht herbeizuschaffen, weil die Bahnen überlastet sind. Die in Deutschland liegenden Vorräte werden knapp verteilt, die Großhändler geben nur so viel, um ihre Kunden zu halten. Die Angabe des Berliner Wirtes läßt sich nicht nachprüfen. Es wäre am besten, wenn das Reich die vorhandenen Petrolevorräte übernehmen und durch Vertriebsstellen an die Verbraucher abgeben würde. Das allein würde die Sicherheit bieten, daß schließlich nicht auch mit dem Petrolem Zucker getrieben wird.

Einquartierungssachen. In der württembergischen Militärsstadt Ludwigsburg scheint die patriotische Opferwilligkeit des Bürgertums nicht sehr groß zu sein, da die Stadtverwaltung bei der Unterbringung der Soldaten in Bürgerquartieren auf den heftigsten Widerstand stößt. Der Oberbürgermeister sieht sich veranlaßt, den Anhängern der passiven Resistenz in einer amtlichen Bekanntmachung wie folgt zu drohen: „Die Abweisung der vom Quartieramt zugewiesenen Mannschaften, die bedauerlicherweise bei einem Teil der Einwohnerchaft zur Regel wird, ist durchaus unstatthaft. Im Weigerungsfalle werden nunmehr die schärfsten Zwangsmaßnahmen angewandt werden. (Aufbrechen der Wohnung, gewaltsame Besitzergreifung von den notwendigen Gegenständen.) Ortsabwesenheit entbindet nicht von der Quartierpflicht.“ Und das Amtsblatt fügt voller Schmerz über die Schädigung des guten Rufes der Stadt Ludwigsburg noch hinzu, daß die Abweisung von Leuten geschehe, „von denen man es nicht glauben sollte“.

Was der Zwischenhandel einstellt. In Ostpreußen bieten gegenwärtig die Viehhändler den Besitzern von Schweinen für den Zentner Lebendgewicht 30—35 Mk. Nur für sehr gute Ware werden 40 Mk. gezahlt. Dabei kostet in Königsberg das Pfund Schweinefleisch 85—90 Pfg. Viele Besitzer müssen Schweine und Vieh überhaupt jetzt abstoßen, daher können die Händler die Preise diktieren. Auf dem Gut Schmidtkeim hat ein Händler für fünf Bullen 1200 Mk.; er erhöhte schließlich sein Angebot auf 1400 Mk. Einige Tage später gab ein anderer Händler ein Gebot von 1700 Mk. ab und bald darauf wurden die Bullen zum größten Teil nach Gewicht verkauft und es wurde eine Summe von 2225 Mk. erzielt. Wäre das erste Angebot des ersten Händlers angenommen worden, so hätte sich der Händler bei diesem Ankauf die Summe von 1000 Mk. als Extraverdienst in die Tasche gesteckt. In vielen Fällen gelingt es, die Notlage der Besitzer auszunutzen. Die Sozialdemokratie fordert schon seit vielen Jahren die kommunale Fleischversorgung, bei der es möglich ist, den Zwischenhandel auszuschalten, dem Produzenten angemessene Preise zu zahlen und den Konsumenten vor dem Wucher des Händlers zu schützen.

Die drahtlose Station „ausgebrannt“. Wir lesen in der sozialdemokratischen „Neuorfer Volkszeitung“ vom 17. September folgendes: „Die große drahtlose Station in Luckerton (New Jersey), eine der beiden Anlagen in den Vereinigten Staaten in direktem Verkehr mit Deutschland, wurde gestern geschlossen, weil die Generatoren „zusammengebrochen“ sind. Leutnant Kelly K. Gygax von der Bundesmarine, der den Betrieb der Station leitete, gab an, daß der Generator in der Nacht ausbrannte. Er behauptete, daß „kein Beweis böswilliger Störung“ an der Wackelenerie vorlag. Die Station ist auf unbestimmte Zeit außer Betrieb gestellt.“ sagte Gygax, „da der Umfang der Reparaturen noch nicht festgestellt werden konnte und es eine Woche oder länger dauern kann, um die Maschine wieder in Betrieb zu bringen.“ Eine bedeutende Menge von Privat- und Regierungsbereichen war vorhanden, um über den Atlantik gebügelt zu werden, als der „Zusammenbruch“ erfolgte. Gygax deutete später an, daß „wenn man das nötige Material zur Reparatur in den Vereinigten Staaten nicht erlangen könne, sechs Monate vergehen mögen, ehe der Betrieb wieder im Gange ist.“ Die drahtlose Telefunkenstation zu Cayville, L. J., blühte die Nachricht von der Bestimmung der Station zu Luckerton sofort nach der Radiostation in Nauene (Deutschland), mit der sie in Verbindung steht und erüchte diese, den Turm in Hannover, der mit Luckerton verbunden war, in Kenntnis zu setzen. — Die „Neuorfer Volkszeitung“ bemerkt dazu: Die Zerstörung der drahtlosen Station in Luckerton, N. J., die für Deutschland von Wichtigkeit ist, weil sie die Verbindung zwischen hier und dem Reich aufrechterhielt, soll von der Regierung in Washington untersucht werden. Sollte uns durchaus nicht wundern, wenn sich herausstellt, daß englische Wundnoten beim Ausbreiten des Empfangsapparats als Fidius gedient haben.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Persil
wäscht schnell und leicht
Kinderwäsche
Henkel's Bleich-Soda

Sozialdemokratischer Verein.
Dienstag, den 3. November 1914,
abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder - Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Der Krieg und die Teuerung. Referent: Genosse Aibert Henze.
2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht.
Der Vorstand.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.